

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisklasse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berichts-Anzeigen 26 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 19. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Die Grubenherren ernten die Frucht des Streiks.

Man schreibt uns:

Der Meldung des „Vorwärts“, das Kohlen Syndikat beabsichtige eine Preiserhöhung, ist prompt ein Dementi gefolgt. Die Syndikatsherren beschlossen „nur“ die Vertenerung der Preistets um 50 Pf. pro Tonne, sonst haben sie die alten „Richtpreise“ bestehen lassen. Sie haben gut dementieren, denn in der Form, wie dem „Vorwärts“ die Meldung zugeht, ist sie nicht aufrichtig zu erhalten. Gätte der Verichterätter des „Vorwärts“ in seinem Telegramme mitgeteilt, es seien im Kohlenhandel, der vornehmlich durch das „Kohlenkontor“ für die Syndikatszwecke besorgt wird, Preiserhöhungen erfolgt, so wollten wir gesehen haben, ob auch demgegenüber ein Dementi losgelassen worden wäre. Wurde auch die Preiserhöhung durch den vom Syndikat dirigierten Handel bestritten, dann mühten die Zechenherren auch erklären, wie sie in den letzten Monaten zu den viel höheren Werksüberschüssen gekommen sind, ohne dementsprechend die Förderung erhöht zu haben.

Für die Frage nach den Leuten, die sich nach einem Streik, der die Kohlenvorräte räumte, sehten, ist entscheidend die Antwort, welche uns die nun vorliegenden Geschäftsabschlüsse für das zweite Quartal 1905 geben. Damit die Streikernte der Kohlenmagnaten recht sinnesfälliger in Erscheinung tritt, wollen wir, soweit es die sehr vorsichtig abgefassten Geschäftsberichte zulassen, auch die Betriebsüberschüsse für das zweite Quartal 1904 mit angeben. Es stellt sich folgender „Segen des Bergbaus“ für die noleidenden Aktionäre und Rugenhaber heraus:

Name des Werkes	Ueberschuß II. Quartal 1904 M.	Ueberschuß II. Quartal 1905 M.
„Bartingsleben“	78 534	100 791
„Siebenplaneten“	46 069	172 228
„Schürbank“	85 000	72 182
„Königin Elisabeth“	362 896	416 783
„König Wilhelm“	384 401	597 095
„Königsborn“	326 379	405 993
„Herules“	349 272	401 721
„Graf Schwerin“	154 886	230 511
„Lothringen“	42 898	507 785
„Ewald“	649 961	1 224 120
„Eintracht“	—	121 219
„Deimelsberg“	97 629	124 612
„Graf Bismarck“	1 035 595	1 167 559
„Gottesfegen“	54 880	108 048
„Hibernia“	2 320 165	2 956 356
„Harpen“	3 085 100	4 128 000

Herr Landtagsabgeordneter Hilb erklärte in der Generalversammlung der Gewerkschaft „Mankenburg“ an der Ruhr, durch den Streik sei der Gesellschaft „kein namhafter Schaden“ erwachsen, weil die 5500 Tonnen betragenden Kohlenvorräte „zu lohnenden Preisen geräumt“ werden konnten, so daß der Ueberschuß selbst in den Streikmonaten höher war, wie in der gleichen Zeit des streiklosen Vorjahres! Die Gewerkschaft gedenke daher diesjährig 150 000 M. Ausbeute zahlen zu können, gegen 125 000 M. im streiklosen Vorjahre!!! Was für Beweise verlangt man noch mehr, um klar zu stellen, welche Seite der Kampfenden den Streik wünschen konnte, weil er ihr Rugen versprach?

Unsere Liste der Ueberschüsse ist natürlich nicht vollständig, einmal weil eine Reihe der größten und besten Zechen im Güttensberg ist, deshalb keine Vierteljahrsabrechnung veröffentlicht; dann aber auch, weil viele Werke so vorsichtig publizieren, daß man keine Vergleiche ziehen kann. Es gibt auch Zechen, die schlechter abschnitten, aber sieht man genauer zu, so handelt es sich um außergewöhnliche Ausgaben für Neubauten, Felderwerb und Schulden tilgung. Aus manchen Abrechnungen gewinnt man den Eindruck, als ob die Aufsteller geflissentlich gerade nach dem Streik bedeutende Ausgaben machten für Verbesserungen, um die enorm gestiegenen Gewinne zu verstecken! Wir haben aber eben eine so erhebliche Zahl von Ruhrzechen, von den kleinsten bis zu den größten, namhaft gemacht, daß unsere Tabelle einen sicheren Schluß zuläßt auf die Ernte der Zechenherren nach dem Streik.

Man könnte einwenden, die höheren Gewinne seien die Folge erhöhter Förderung. Doch ist dies durchaus nicht der Fall, die Gewinne pro Tonne sind gestiegen! So hatte „Gottesfegen“ im 2. Quartal 1904 eine Förderung von 33 556 Tonnen, im 2. Quartal 1905 förderte die Zeche 38 091 Tonnen, d. h. 4335 mehr, gleich 14 Proz. Der Ueberschuß stieg aber von 54 880 auf 108 648 Mark, also um fast 100 Proz.! Berechnen wir den Gewinn pro Tonne, so hatte „Ewald“ im 2. Quartal 1904 einen Ueberschuß von 2,76 Mark pro Tonne, im 2. Quartal 1905 aber 3,30 Mark. „Graf Schwerin“ erhöhte seine Förderung nur um knapp 6000 Tonnen, den Ueberschuß aber um 75 000 Mark! „Siebenplaneten“ förderte 18 Proz. mehr, erzielte aber einen fast vierfach stärkeren Ueberschuß.

Wir fragen: Woher kommen denn diese riesig gesteigerten Ueberschüsse, wenn nach der Versicherung des Syndikats keine Preiserhöhungen im Anschluß an den Streik vorgenommen sind?! Die letztgenannten Werke sind keine Güttenszechen, müssen daher ihre Förderung dem Syndikat zum Verkauf zur

Verfügung stellen und können ihre höheren Ueberschüsse nur durch Vermittelung des Syndikats erlangt haben. Da aber offiziell von einer Kohlen- und Qualitätspreiserhöhung nichts bekannt gemacht wurde, sogar die Absicht der Preiserhöhung lebhaft bestritten worden ist, so beweisen die trotzdem enorm gestiegenen Ueberschüsse pro Tonne, daß die öffentlichen Preisfestsetzungen des Syndikats absolut nicht maßgebend sind für die eigentlich den Käufern abgetroffenen Preise! Wir stoßen da wieder auf ein Syndikatsgeheimnis, welches die vielen und stets stärker werdenden Klagen der Verbraucher über hohe Brennstoffpreise veranlaßt, ohne daß die Regierung Veranlassung nimmt, einmal gründlich den Schleier von dem Treiben der Kohlenvertreurer zu lüften. Man denke: das Syndikat macht bekannt, es ließe die alten Preise bestehen, spielt sich während und nach dem Streik auch noch auf als der fürsorgliche Preisregulator, der den Händlern verbietet, die Kohlenknappheit durch Preiserhöhungen auszunutzen. Dasselbe Syndikat ist aber auch der Verkäufer der Zechenproduktion, und nun stellt sich heraus, daß die Syndikatszwecke nach dem Streik ihre Ueberschüsse pro Tonne außerordentlich erhöht haben! Ohne Preiserhöhung war das nicht möglich, dennoch sollen keine Preiserhöhungen vorgekommen sein, und dreist bestreitet die Syndikatspresse gegenüber dem „Vorwärts“ sogar die Absicht einer Preiserhöhung! Wann wird das Volk aus den Klauen der Kohlenwucherei erlöst werden?

Darüber kommt man nun nicht mehr hinweg: Die öffentlichen Preisnotierungen des Syndikats sind absolut wertlos für die Beurteilung der wirklichen Kostenpreise! Und ferner liegt nun sonnenklar zutage, wenn der große Streik klingenden Gewinn brachte und wer deshalb ein finanzielles Interesse an der Arbeitseinstellung haben mußte. Den Vergleichen die Ueberschüsse an und das Unternehmertum schafft schmunzelnd die Streikernte in seine Scheuern. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. August.

Die „Köln. Volkszeitung“ und die Fleischnot.

Wie immer, wenn das Interesse der ärmeren Volksschichten mit dem der katholischen Großgrundbesitzer und Bauern kollidiert, schlägt sich auch jetzt gegenüber dem Verlangen der Volksmasse nach einer Öffnung der Grenzen für die fremde Vieheinfuhr die Zentrums- und die Rechte auf die Seite der Agrarier. Die Zentrumsblätter, deren Inhalt hauptsächlich für die Bauernschaft berechnet ist, höhnen und spotten, wie wir erst dieser Tage an den Auslassungen der „Köln. Volksstimme“ nachgewiesen haben, noch ärger über die Fleischnot, als die Organe des Landblinderturns; ihnen sind selbst die heutigen hohen Viehpreise noch nicht hoch genug. Aus leicht zu verstehenden Gründen stimmen die in industriellen Großstädten erscheinenden Zentrumsblätter einen weniger probierenden Ton an. Sie suchen zu beschwichtigen, klagen über die hohen Fleischpreise und die Dürre des vorigen Jahres, welche die jetzigen Viehpreissteigerungen hervorgerufen hätte; aber so weit geht ihre ersehnte Sorge um das Wohl der ärmeren Klassen nicht, daß sie sich zur Forderung einer weiteren Öffnung der Grenzen, sei es auch nur einer zeitweiligen Öffnung für bestimmte Gegenden, aufzuschwingen vermöchten, im Gegenteil ermahnen sie die Arbeiter im Stille des Herrn v. Bodbielski, sich geduldi aus Abwarten zu verlegen, indem sie nach der Methode der Junkerpresse durch allerlei Zahlenschwimbeleyen zu beweisen suchen, daß von einer Fleischnot oder einer nicht ausreichenden Viehproduktion absolut keine Rede sein könne. Selbst die „Köln. Volkszeitung“ greift jetzt zu diesem Mittel. Sie veröffentlicht in ihrer gestrigen Morgenausgabe einen Artikel, in welchem sie sich folgendes Zahlenkunsstück leistet:

„In der Zeit vom 10. Januar 1873 bis 1. Dezember 1904 hat sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches von 41,5 auf 59,3 Millionen, das ist um 43 Proz. vermehrt, der Bestand an Schweinen dagegen von 7,1 auf 18,9 Millionen, das ist um 166 Proz., mithin fast viermal so stark wie die Einwohnerzahl! Auf je 1000 Einwohner kamen am 1. Dezember vorigen Jahres 320 Schweine, gegen 170 am 10. Januar 1873. In diesen Zahlen kommt aber, wie die „D. Tagesztg.“ hervorhebt, noch gar nicht die weitere, jedem Kenner der deutschen Viehzucht bekannte Tatsache zur Geltung: daß heute aus einem bei der Zählung gegebenen Bestand von je 1000 Stück Schweinen gut die doppelte Fleischmenge innerhalb Jahresfrist an den Schlachtmärkten gelangt, wie vor 30 Jahren. Denn damals war das reguläre Alter für die Schlachtreife der Tiere 1 1/2—2 Jahre, während inzwischen durch die weitverbreitete Zucht auf Frühreife und Schnellwüchsigkeit das Schlachalter der Schweine bis auf 1—1 1/2 Jahre herabgemindert ist, so daß also das Verhältnis der Schlachtungen zum gesamten Bestand an Schweinen ein viel günstigeres ist als früher. Jedenfalls zeigt das rasche Wachstum der deutschen Schweinezucht, daß die Deckung des deutschen Schlachtviehbedarfs durch die eigene Viehzucht nicht ausgeschlossen ist und daß es daher ein volkwirtschaftlich vollausberechtigter Gedanke ist, die deutsche Viehzucht durch wirksame Maßnahmen zur Verhütung von Seuchengefahren vor einer Beeinträchtigung ihrer Entwicklung zu schützen.“

In ihrer eigenartigen Genügsamkeit beschränkt sich die „Köln. Volksztg.“ auf die bloße Mitteilung der Zahlen des Schweinebestandes; die Zahlen für die übrigen Vieharten vergißt sie mitzuteilen — natürlich ohne jede unehrliche Absicht; sie hat nur bei dem Abdruck des Artikels nicht daran gedacht, daß die Menschen nicht nur Schweinefleisch, sondern auch Rind- und Hammelfleisch essen.

Der Rinder- und Schafbestand hat aber seit 1873 beträchtlich abgenommen.

Es kamen nämlich auf je 1000 Einwohner:

	Rinder	Schafe
1873	384	609
dagegen		
1900	336	172

Wenn also die Zahl der Schweine sich beträchtlich vermehrt hat, so hat andererseits die Zahl der Rinder und Schafe ganz bedeutend abgenommen. Die Zunahme auf der einen Seite wird durch die Abnahme auf der anderen Seite völlig ausgeglichen. Die natürliche Folge dieser Verschiebung, die seit 1873 eine fast stetige Steigerung der Rinder- und Hammelpreise bewirkt hat, war aber, daß die Nachfrage nach Schweinen umso mehr steigen mußte, wenn nicht ein großer Teil der Bevölkerung auf seine frühere Fleischnahrung verzichtet wolle.

Allerdings viel ehrlider als bei den Amerikanern steht es auch bei manchen liberalen Blättern um die Fürsorge für das Volkswohl nicht, denn der Ruf nach Öffnung der Grenzen reduziert sich bei ihnen immer mehr auf die Forderung, daß das Schweineimportkontingent für Oberschlesien um 2500 Stück pro Woche erhöht wird. Mit solcher Maßregel wäre nur den Oberschlesiern geholfen. Andere Gegenden des Deutschen Reiches leiden aber nicht minder unter der jetzigen Fleischsteigerung. Das ganze heutige Grenzsperrsystem muß beseitigt und außerdem das Fleischbeschaugesetz vom Juni 1900 gründlich revidiert werden.

Die Marokko-Anleihe.

Die von einigen deutschen Bankhäusern unter Führung der Firma Mendelssohn mit dem Sultan von Marokko abgeschlossene Anleihe entpuppt sich als ein finanziell recht unbedeutendes Geschäft. Die Summe, deren, wie es heißt, der Sultan für Privatwecke bedarf, beträgt nur 10 Millionen Mark, die sofort nach der Beendigung der Marokko-Konferenz ausgezahlt werden sollen. Das Objekt der Anleihe ist also verhältnismäßig gering; aber dennoch hat der Abschluß der Anleihe eine weitreichende Bedeutung. Der Sultan hat nämlich, wie verlautet, für diese Anleihe den Banken einen Teil seiner Privatgrundstücke am Hafen von Tanger, in günstiger Lage, verpfändet, und wenn vorläufig auch diese Grundstücke im Besitze des Sultans bleiben, so erlangen doch deutsche Banken auf sie ein bestimmtes Anrecht, das vielleicht später zum völligen Uebergang der betreffenden Gelände in deutsches Eigentum führt. — Auch in unseren sogenannten maßgebenden Kreisen scheint man in der Anleihe etwas mehr zu sehen als einen kleinen fürstlichen Privatpump; denn weshalb fuhr sonst Herr Mendelssohn kürzlich eilig nach Nordrhen, um dort mit dem Reichskanzler zu konferieren? Die offensichtliche Betonung des privaten Charakters der Anleihe bestärkt diese Folgerung eher, als daß sie sie widerlegt.

Die „Köln. Ztg.“ berichtet, soll die französische Regierung einige Tage vor dem Abschluß der Anleihe benachrichtigt worden sein. Sie vermag einem derartigen Pumpgeschäft nicht zu wehren, ebensowenig wie die deutsche Regierung hineinzu sprechen hat, wenn französische oder englische Bankiers einem afrikanischen oder asiatischen Despoten Geld pumpen; aber unter den jetzigen Verhältnissen, vor dem Zusammentritt der Marokko-Konferenz, wird das Anleihegeschäft kaum dazu beitragen, das gegenseitige Vertrauen zu fördern.

Die Budget-Mogelei.

Die freisinnige Presse stellt noch immer Kampfschaft den Kopf in den Sand, um die Budget-Mogeleien der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht kritisieren zu müssen. Sie will jetzt endlich ihre Ruhe haben und die Ferien ihrer Abgeordneten nicht durch eine Einberufung des Reichstags gestört wissen. Auch die Zentrums- und die Rechte scheut sich in dieser sommerlichen Zeit vor geistigen Anstrengungen und vermag sich deshalb noch immer nicht zu einer selbständigen Kritik der Budgettrübungsbeschwörung aufzuschwingen, aber sie unterläßt ihren Lesern doch wenigstens nicht völlig die Kritik des „Vorwärts“. So schreibt die „Germania“:

Er versteift sich besonders darauf, daß nach dem Wortlaute der Erläuterungspalten zum Etat nur alle zwei Monate 250 Mann als Ergänzung nach Südwestafrika geschickt werden dürften, während schon in den ersten acht Monaten 1200 Mann mehr abgeschickt worden seien, als danach erlaubt wäre. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat bekanntlich behauptet, die in den Erläuterungen angeführten Zahlen seien Durchschnittszahlen und schlossen zeitweise Verschiebungen innerhalb des Jahres nicht aus. Der „Vorwärts“ wickelt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ weiter vor, daß sie bei ihrer Berechnung des Sollbestandes und des Abganges allerlei Mogeleien vorgenommen habe, um das budgetwidrige Verfahren zu vertuschen. Unseres Erachtens kann es nicht schaden, wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf derartige Wortwässer klipp und klar antwortet, und zwar rasch. Das lange Zögern kann nur den Verdacht erwecken, daß etwas nicht in Ordnung sei und es große Mühe mache, eine plausible Erklärung zu geben. Die Behauptung des „Vorwärts“, daß die im Etat vorgesehenen Mannschaften und Gelder nicht ausreichen würden, erscheint nach dem bisherigen Verlaufe der Dinge nicht unbegründet zu sein, aber das hat mit der budgetrechtlichen Frage nichts zu tun, sondern führt zu der Frage, ob wir den kostspieligen Kampf um die Sandwüste überhaupt forsetzen sollen. Wenn die beteiligten Mittel nicht reichen, so wird ja, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ feterlich erklärt hat, der Reichskanzler den Reichstag rechtzeitig um weitere Bewilligungen ersuchen.

Die „Germania“ muß also die Berechtigung unserer Ausführungen widerstrebend anerkennen. Sie sieht deshalb die Norddeutsche Offiziöse an, sich doch ihrer Verlegenheit anzunehmen. Dem Blatt ist aber auch heute abend noch nichts Plausibles eingefallen, es schweigt noch immer!

Eine Entdeckung aus Eigenem gibt freilich die „Germania“ zum besten, sie ist aber auch danach. Sie meint, wenn auch für das

Jahr 1905 die Bewilligungen des Reichstages überschritten werden würden, wie es ja allerdings den Anschein habe, so habe das mit dem Budgetrecht nichts zu tun. Der Reichskanzler werde weitere Mittel rechtzeitig vom Reichstage fordern. Dieser törichtsten Ausruf sind wir schon gestern entgegengetreten. Der Reichstag hat die beiden Nachtragsetats bewilligt für das ganze Finanzjahr, sie sollen bis zum April 1906 reichen. Und die Regierung hatte sich verpflichtet, das Geld so zu verwenden — für eine Truppe von 13 400 Mann, die durch die zwei-monatlichen Nachschüsse in dieser Stärke erhalten werden sollte — das ist die Sache. Wenn sie nun mehr Truppen — bis jetzt schon 1200 Mann mehr — abschließt und dadurch größere Ausgaben verschuldet, so ist das unbedingt ein Verstoß gegen das Budgetrecht. Sie hätte eben dem Reichstag rechtzeitig die veränderte Lage vorlegen und von ihm die angelegentlich notwendige größere Verstärkung erbitten müssen! Hoffentlich begreift das nunmehr die „Germania“!

Zentrumsdemagogen und Zentrumsdiplomaten.

Just an demselben Tage, wo die Berliner Zentrumsdemagogen, an der Spitze das führende Organ der Partei, die „Germania“, ihre schändliche Scheinopposition gegen die Regierung einstellte, wo die „Germania“ erklärte, daß Herr Bülows durch die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ „durchaus gerechtfertigt“ sei, stieß die ultramontane Provinzpresse noch einmal mit vollen Waden in die demagogische Neblmetrompete. Die „Westf. Volks-Zeitung“ und der „Bayr. Kurier“ veröffentlichten am Donnerstag folgende Zuschrift eines Berliner Reichstags-Abgeordneten:

„Das energische (!) Auftreten der Zentrumsdemagogen wird nun doch den gewünschten Erfolg haben; nach Informationen aus guter Quelle soll nun der Reichstag Ende August oder Anfang September zusammenberufen werden, um wegen der Frage der Truppenverstärkung für Südwestafrika gebürt zu werden. Der Reichskanzler war in erster Linie bemüht, diese Einberufung herbeizuführen, indem er die staatsrechtlichen Grundlagen für den neuen Truppentransport untersuchen ließ. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist, daß in der Tat Verstärkungen abgelehnt wurden, die der Reichstag nicht genehmigt hat. Nun wird aber dieses eigenmächtige Vorgehen dadurch noch interessanter, daß weder der Reichskanzler, noch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, noch der Reichsfinanzsekretär, noch der Kolonialdirektor etwas hiervon wußten; sie befanden sich allesamt in Urlaub und haben erst aus der Presse Kenntnis erhalten. So unglaublich diese Mitteilung, die zuerst ein Münchener Blatt bringt, auch klingt, sie ist vollständig zutreffend! Aber gerade hier liegt das denkbar schlechteste Symptom! Man muß sich nun fragen: Wer hat diesen Schritt unternommen? Ist es der Partier oder der Kanzleidiener im Kolonialamt gewesen? Nein, ein Geheimrat, von dem bekannt ist, daß er ebenso hochmütig über den Reichstag urteilt, wie er unfähig für seine Stellung ist.“

Was wir schon früher andeuteten, muß endlich durchgeführt werden: im Kolonialamt muß einmal eine gründliche Säuberung vorgenommen werden, damit dort auch Beamte arbeiten, die mit der erforderlichen Sachkenntnis die absolut erforderliche Achtung vor den Rechten der Volksvertretung mitbringen. Natürlich ist der Reichskanzler als dieses Schrittes nicht sehr erbaud; er hat seinem Unwillen sogar sehr deutlich Ausdruck gegeben. Unseres Erachtens ist es ganz selbstverständlich, daß die schuldigen Beamten vor den Disziplinargerichtshof kommen; sie haben ihre Befugnisse verlehrt und ihre Machtphäre überschritten! Hier muß einmal ein Exempel statuiert werden, dann erst wird Dissenstung eintritten! Wenn der Disziplinargerichtshof auf Dienstentlassung ohne Pension erkennt, wird ein heilsamer Schrecken alle autoritären Wünsche in der Beamtenwelt vertreiben. Wir geben unserer Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Reichskanzler die erforderlichen Schritte unternimmt, um die Verfassungsverletzung zu beseitigen! Was der Reichstag und insbesondere das Zentrum tun werden, brauchen wir hier nicht näher darzulegen; man kann dies ruhig abwarten.“

Weber „Germania“ noch „Märk. Volksztg.“ haben von diesem Erfolg Notiz genommen! Sie haben im Gegenteil erklärt, daß ja nun alles in der Ordnung sei. Der dramatisierende Artikel war ja nur für die Zentrumsdemagogen in der Provinz bestimmt, denen wieder einmal höflich imponiert werden sollte. Der Fall zeigt an einem klassischen Beispiele, wie in der Provinz, wo die Zentrumsdemagogen sitzen, die grobkörnigste Demagogie getrieben wird, während die Berliner Zentrumsdemagogen diplomatisch genug ist, die gewöhnlichen Umfälle nicht durch allzu scharfen Stimmungswechsel zu erschweren.

An die Schuljugend in Russisch-Polen.

Liebe Kinder!

Ich weiß, unter Euren Eltern und Vormündern hoffen verschiedene, Euer Widerstand könne gebrochen werden und Ihr mühtet auf neue die russischen Schulen besuchen. Ich weiß, daß so bedeutende Persönlichkeiten wie Graf Adam Arakinski, der Führer der Versöhnungspartei, und Erzbischof Sapieha sich durch Ermahnungen und wirksamere Mittel als Ermahnungen bestrebt haben, Euch zum Ausgehen Eures Enthusiasmus zu zwingen.

Seid jedoch versichert, daß die meisten und besten unter Euren Eltern und Vorgesetzten in vollem Sinne mit Euch gehen, voller Trauer würden sie sehen, wenn Euer Willen gebrochen würde, wie der Willen der Ermahnenden allzu oft, sowohl in Polen als in Rußland, gebrochen worden ist.

Unter den polnischen Männern, die Euch mit ihren besten Wünschen begleiten, haben sich einige an mich gewandt, einen Fremden, dessen Name Euch jedoch bekannt ist, sie baten mich, Euch ein aufmunterndes Wort zu sagen, Euch anzurufen, Euer Vorgehen nicht zu bereuen und vor allem auszuhalten. Ohne eine solche Aufforderung von polnischer Seite könnte sich meine Zuschrift an Euch ausnehmen wie eine unehrliche Einmischung in Angelegenheiten, die nur Eure Landesbrüder und Landsmännern angehen: Jetzt wird niemand sie so aufpassen, ausgenommen diejenigen, deren Urteil weder für Euch, noch für mich ins Gewicht fällt.

Ihr dürft nicht glauben, daß die zivilisierte Welt, die seit vierzig Jahren dem Schicksale Eures Vaterlandes gleichgültig gegenüberstand, zurzeit mit Gleichgültigkeit die vereinzelt und verzweifelten Befreiungsversuche verfolgt, die im Königreiche Polen stattfinden.

Glaubt mir, die geistige Elite in allen freien Ländern verfolgt mit Spannung den Lauf der Ereignisse, und die jungen Wesen, Mädchen wie Knaben, die zuerst und mutigst der Zwangsherrschaft der russischen Regierung in dem Unterdrücktesten der polnischen Schulen getrotzt haben, werden weder in Europa noch in Amerika in Vergessenheit geraten. Ihr habt die Art an die Wurzel des großen Übels gelegt. Ihr Kinder habt die Erwachsenen durch dieses Beispiel beirrahmt. Die zivilisierten Völker, die Eure Initiative bewundern und die Festigkeit, die Ihr jetzt so lange bewiesen, verheeren Euch nicht aus dem Gesicht, wünschen Euch mit Hunderttausenden von Stimmen Glück und Sieg.

*) Georg Brandes, der bekannte dänische Bürgerlich-radikale Schriftsteller, hat diesen Aufruf an die polnische Jugend gerichtet. Der Verfasser hat den Wunsch ausgesprochen, daß der Brief in deutscher Sprache durch den „Vorwärts“ verbreitet werden möge. Red. d. „Vorw.“

Deutsches Reich.

Quellen für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Wir machen das regierende Dementierblatt auf folgende Blätter aufmerksam, die sich ausführlich und sehr verdächtig mit dem Thema des englischen Unfalls und des deutschen Reffen beschäftigen: „Augsburger Abendzeitung“, „Neue Bayerische Landeszeitung“ und mehrere daraus schöpfende Organe, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“.

Ferner gestalten wir uns die Unschuld aus der Wilhelmstraße über die folgende Äußerung der „Kielser Zeitung“ zu informieren, die in der Form einer scheinbaren Polemik gegen unser Kieler Parteiblatt die Tatsache der Mobilisation bestätigt:

„Die „Schlesw.-Hols. Volks-Ztg.“ fühlt sich berufen, den „Vorwärts“ gegen die gestern an dieser Stelle wiedergegebene Zurechtweisung, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihm zuteil werden ließ, in Schutz zu nehmen. Die „Schlesw.-Hols. Volks-Ztg.“ will nämlich ganz bestimmt wissen, daß die deutsche Flotte in einem gewissen Momente kriegsbereit gewesen ist. Die „Schlesw.-Hols. Volks-Ztg.“ hat's gesagt, also ist es wahr. Die bürgerliche Presse war natürlich im großen und ganzen zu feige, von unseren Mitteilungen Kenntnis zu nehmen, bemerkt stolz und sieghäufig das sozialdemokratische Blatt. Ob es wohl an der Freiheit gelegen hat? Man kann sich ja auch vorstellen, daß es große vaterländische Interessen gibt, die ein guter Bürger — mag er Zeitungsschreiber sein oder nicht — bei seinem Verhalten in Betracht zieht. Uebrigens war die „Schlesw.-Hols. Volks-Ztg.“ mangelhaft unterrichtet, die deutsche Flotte ist nicht in einem gewissen Momente, sondern stets kriegsbereit. Wenn wegen der regelmäßigen Jahresreparaturen eine Lücke in dieser Bereitschaft eintritt, so ist es selbstverständlich, daß man in diesen Zeiten sich bemüht, diese Lücke so kurz wie möglich zu machen. Das also war der Zweck.“

Es gab also „ernste Zeiten“, die zur sofortigen „Kriegsbereitschaft“ der Flotte führten! Warum? Bedrohung? Wozu? Man sollte endlich Rede stehen! Das deutsche Volk ist kein Spielzeug! —

Zur Fleischsteuerung.

München, 17. August (Sig. Ver.)

Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten in München hat am Donnerstag, wie schon telegraphisch berichtet, einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, aufs neue bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, um Maßnahmen gegen die herrschende Fleischsteuerung zu treffen, insbesondere errens eine Öffnung der Grenzen für Schweine gegenüber Italien zu erreichen und zweitens den Einfluß Bayerns im Bundesrat dahin geltend zu machen, daß während der Dauer der Fleischsteuerung die Vieh- und Fleischzölle außer Bedingung gesetzt werden.

Dieser Beschluß ist ja sehr hübsch, aber zur Minderung der unverschämten hohen Fleischpreise wird er kaum beitragen. Denn wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ist nicht anzunehmen, daß die in die Agrarier anscheinend ganz verlebten Regierungen die Grenzen öffnen und die Vieh- und Fleischzölle auch nur vorübergehend aufheben. Diese Meinung kam auch in der Diskussion wiederholt zum Ausdruck, und unser Genosse Birt hat deshalb das richtige getroffen, wenn er bemerkte, wenn man zugunsten der konsumierenden Bevölkerung etwas erreichen wolle, müsse man ganz andere Töne reden. Etwas komisch wirkte die Entziehung eines liberalen Gemeindebevollmächtigten und durchgefallenen Reichstagsabgeordneten, der erklärte, er müsse sich der Kritik Birts „fast anschließen“. Der gute Mann hat wahrscheinlich ganz vergessen, daß die agrarische Zollpolitik, über die er sich mit Recht erheißt, von seiner eigenen Partei unterstützt wurde. Die Art, wie der Liberalismus aus purer Angst um seine Mandate selbst für die höchsten Agrarzölle eingetreten ist, hat die Regierung in ihrem Verhalten nur unterstützen müssen. Wenn man freilich die Liberalen in den großstädtischen Rathhäusern rede hört, dann vernimmt man von diesen Dingen nichts.

Wenn die Münchener Gemeindeverwaltung der Fleischsteuerung feuern will, wird sie noch andere Mittel ergreifen müssen. Wir fordern deshalb die Errichtung einer Gemeindefleischkammer und städtischer Fleischverkaufsstellen, wo das Fleisch zum Selbstkostenpreis und jedenfalls zu erschwinglichen Preisen abgegeben wird. Auch müßten Maßnahmen zur Befestigung des Zwischenhandels mit Vieh getroffen werden, der ganz zweifellos auch an der Fleischsteuerung mitschuldig ist. Aber das sind eben Maßnahmen, die schon etwas nach dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat schmecken und deshalb sind die bürgerlichen Gemeindevertreter aus sehr durchsichtigen Gründen nicht zu bewegen, ihre Zustimmung dazu zu geben.

In Nürnberg fand am Mittwochabend eine massenhafte Besuche Volksversammlung statt, die sich mit der gegenwärtigen Fleischsteuerung befahte. Nach einem Referate des Genossen Segitz, der den ganzen Fleischwucher überzeugend darlegte und die unqualifizierbare Verhöhnung der Arbeiterklasse, die sich der preussische Landwirtschaftsminister leisten zu dürfen glaubte, in der schärfsten Weise geißelte, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die

Ihr wißt, daß Ihr einen starken Eindruck auf die Schuljugend der freien Staaten gemacht habt. Der schöne, wenn auch kindliche Brief, den Euch die Schulkinder in der Schweiz geschickt haben, hat Euch dessen versichert.

Aber erwachsene Männer und Frauen empfinden für Eure lähne Handlungswiese nicht geringere Sympathie als die Kinder, die nur noch ahnen, was das Leben bedeutet.

Ihr selbst seid jung an Jahren, aber das Anglitz Eures Vaterlandes hat Euch schneller gereift als andere Kinder Eures Alters, und als Ihr die Tyrannen wanken saht, wolltet Ihr mit Euren zarten Händen der Abscheulichkeit den ersten Stoß in den Abgrund verlesen. Ehre sei Euch dafür!

Ihr habt aus Euren besten und sichersten Instinkten gehandelt, aus Begeisterung für das unabweislichste Menschenrecht, die Mutter-sprache sprechen und lesen zu können, aus Begeisterung für die Sprache, worin unsterbliche Werke geschrieben sind, voll begeisterter Liebe für Euer Volk, Euer Land und dessen Geschichte, jedoch besonders für dessen Zukunft.

In einem Wort: Ihr habt aus Begeisterung gehandelt, ohne Rücksicht auf die näheren oder ferneren Folgen Eurer Handlung, auf die Strafen, die Euch bedrohten und erwarteten. Kalblütigen und besonders feindseligen Beobachtern Eurer Vorgehen als ein Wahnsinnsausbruch, und verständige Verechnung lag gewiß nicht darin; aber es gibt einen heroischen Wahnsinn, der wertvoller und wirksamer ist als die Vernunft, wenn die Vernunft feige ist.

Freunde Eurer Sache und Eures Volkes haben sich gegenüber Eurer Tat des Kinderkreuzes im Mittelalter erinnert. Jedoch bietet nur der kindliche Enthusiasmus einen Gleichheitspunkt. Sonst ist die Unabständigkeit auffallend. Jene Kinder wurden von Mönchen geführt. Ihr habt den Erzbischof gegen Euch. Die Tat jener Kinder war nutzlos und ihr Ziel phantastisch. Eure Tat bringt Ruhm, sie ist eine Huldigung des Rechtes, ein Protest gegen die Unterdrückung. Sie hat einen Speer in das Lager des Feindes geworfen, die Erwachsenen müssen Euch helfen, ihn zurückzuholen. Sie ist eine leuchtende Fahne mit dem weißen Adler, ist hoch über Polen gehißt, sichtbar in allen Ländern. Euren Landesleuten kann nicht angestanden werden, diese Fahne bei einer Kapitulation wieder fallen zu lassen. Und Eure Handlung ist nützlich, und Euer Ziel ist eine Wirklichkeit; polnische Sprache in russisch Polen von allen Lippen erklingend, die Sprache Mickiewicz's, als Königin auf den Thron der Universität zu Warschau gesetzt, in allen Schulen, und damit jenes höchste geistige Gut, Freiheit für alle Altersklassen und Gesellschaftsklassen begründet und gesichert.

Für die vielen, die in der Ferne die Kreise des russischen Reiches in Distanz und in Europa verfolgt haben, drängten sich heftige Eindrücke von weitreichenden Ereignissen: Die Kämpfe zu Lande und zu Wasser, immer gleich viele Niederlagen, Belagerungen, Festungskrieg, Vorpustenschlachten, entsetzliche Schlägen auf offenem Felde, Generale, die fielen oder sich ergaben, Admirale, die ertranken

die Fleischsteuerung als eine Folge der im Interesse der Agrarier unternommenen Maßregeln erklärt, auf die Folgen der dadurch herabgedrückten Lebenshaltung des Volkes verzweil und zum Schluß die unbeschränkt Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh nach denjenigen Orten fordert, wo durch ausreichende Kontrolle und gute Fleischschau Sicherheit gegen Einschleppung von Viehseuchen und ansiedelnden Krankheiten gegeben ist.

Freisinnige Afrika-Raffener. Das amtliche Organ der freisinnigen Volkspartei entwirft sich zwar über die parlamentarischen Afrika-Raffener des Herrn Boernmann, hat aber nicht verhindern können, daß auch ein freisinniger Volksparteiler an der Korruptionsfahrt teilnahm: es ist dies der Dr. Collet. Also alle bürgerlichen Parteien!

Flottenforderungen und Reichstags-Auflösung.

Der Vorschlag des Ausschusses des Stettiner „Bulkan“, an der Elbe eine Flotte anzulegen, um Kriegsschiffe von 16 000 Tonnen und mehr Displacement bauen zu können, stößt bei einem Teile der Aktionäre nach wie vor auf Widerspruch. Vielleicht deshalb, um von der Regierung erst noch bestimmtere Zusicherungen von Bauaufträgen zu erhalten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat denn auch bereits diesem Wunsche insofern Rechnung getragen, daß sie die Anlegung der Flotte für berechtigt erklärte. Weiter möchte das offizielle Blatt nicht geben. Dafür bringt heute die „National-Zeitung“, die gelegentlich ebenfalls offiziös bedient wird und kürzlich bei der Ankündigung einer Südwestafrika-Verstärkung um 5000 Mann das erste Dementi losließ, in anfalligen Satz eine jedenfalls an die Aktionäre gerichtete Ausladung. In derselben heißt es: „Wenn sich auch eingestanden werden kann Deutschland einer erheblichen Vergrößerung seiner Luifenships- und wohl auch Panzerkreuzer-Displacements in Zukunft nicht mehr wird entziehen können, so ist doch darauf hinzuweisen, daß der Ausdruck „besondere Nordseeflotte“ bisher noch nie an offizieller Stelle gefallen ist und daß nach einer und gewordenen Mitteilung von zuverlässiger unterrichteter Seite auch die Notwendigkeit der Schaffung einer besonderen Nordseeflotte bis auf weiteres nicht eintreten dürfte.“

Das trotzdem jeder, der mit offenen Augen die Entwicklung des Schiffbaues verfolgt und sich mit den Fahrwasserverhältnissen der Ober beschäftigt hat, den Standpunkt des Direktoriums und Ausschusses des „Bulkan“ über die zwingende Notwendigkeit der Errichtung einer Schiffbau-Flotte an der Elbe teilen muß, erkennt um seine Frage.“

Das heißt also: Die Regierung denkt „bis auf weiteres“ nicht daran, einen Teil der neuzubauenden 17 000-Tons-Panzerkreuzer „Nordseegeschwader“ zu taufen. Aber eine erhebliche „Flottenvermehrung“ durch den Neubau solcher Zerstörer und ähnlich großer Panzerkreuzer steht bestimmt bevor! Deshalb ist es eine „zwingende Notwendigkeit“, daß der „Bulkan“ seine Flotte an der Elbe errichtet. Die Dividendschluder werden dabei auf ihre Kosten kommen!

Mit dieser halbhoffigen Ankündigung einer größeren Flottenvorlage sieht möglicherweise eine Notiz in Verbindung, in der sich die „Deutsche Tagesztg.“ mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung im Herbst beschäftigt. Das Blatt erklärt, daß die Reichsfinanzreform die denkbar schlechteste Wahlparole sei. Sollte eine Auflösung des Reichstags wirklich erfolgen, so würde sie nach menschlicher Voraussicht durch ganz andere Fragen und Forderungen veranlaßt werden.“ Sollte darin die Anspielung auf die Flottenforderungen und eine Kurrawahl nach dem Muster von 1887 enthalten sein? Nur daß diesmal statt der Franzosen die Engländer als Popanz figurieren würden? —

Wird Trotha gehen?

Die Stimmen, die die Abberufung Trothas empfehlen, mehren sich. Sp erklärt die „Münchener Allg. Ztg.“, die bekanntlich zugetrennten Beziehungen zur Wilhelmstraße hat, daß Trotha sich seinen Aufgaben in Südwestafrika nicht gewachsen gezeigt habe. Es sei eine läche Sache, wenn ein Mann in seiner verantwortungsvollen Stelle mit allen Menschen in „Arach“ gerate und noch obendrein an seiner vorgelegten Behörde in der Heimat Kritik übe. Das Blatt fährt dann fort:

„Selbst wenn verböte Judispositionen anzunehmen wären, die bei den Strapazen und der schweren Verantwortung den Begriff des Generals vom menschlichen Standpunkt entschuldbar erscheinen ließen, so bleibt doch die Sache selbst auch militärisch bedenklich. Ueberdies wird man bei uns wohl nirgends für das Verfahren eines Generals Verständnis finden, der öffentlich befehlt, auf Frauen und Kinder zu schießen, und dann vertraulich seinen Soldaten aus einanderseht, daß es nicht so gemeint sei. Der förmliche Befehl eines deutschen Generals ist für seine Truppen absolut bindend, und was er seinen Untergebenen gegenüber nicht verantworten kann und insulgebessen von ihnen nicht ausgeführt werden will, das darf er unter keinen Umständen — und auch nicht zum Schein — befehlen.“

oder gefangen genommen wurden. Dann im Innern: Tötung von Fürsten, Ministern, Gouverneuren, Polizeibeamten, hohen und niederen, ungeschworene Strafen, die Regierungen in Petersburg, Tomsk, Karsk, Sjtomir, Poku, Loda, Warschau, Odessa, Nischni Nowgorod; Unruhestände und Arbeiteraufstände, Meuterei in der Flotte und in der Heere, eine blutige Anarchie im stehenden Fortschreiten und verabschmammungswürdige Jurisdiktionen des alten Justizwesens, dies alles hat jetzt innerhalb des zweiten Jahres die lesenden Massen so beunruhigt, gebiendet und verwirrt, daß sie den Wahn haben, alles Wesentliche in diesen Taten und Schreden verloren haben, obgleich vieles Schreckliche nur von vorübergehender Bedeutung ist.

So viel ist sicher, bleibende Bedeutung hat der Aufruf der polnischen Schuljugend gegen die russische Schule.

Ich kenne alles, was gegen Euch eingewendet wird: Daß der Unwille gegen den Schulunterricht, der ursprünglich ein Ausschlag der Begeisterung war, sich auf Grund der Faulheit und der Lust zum Wählgang erhalte. Daß russischer Unterricht immer besser sei als kein Unterricht. Schließlich, daß Ihr jetzt gerade im Geiste der russischen Regierung handelt, denn was wünscht die Regierung mehr als eine polnische Jugend, die durch Unwissenheit untüchtig für's Leben wird!

Aber diese Einwände machen mir keinen Eindruck. Kauterlich gibt es unter Euch solche, denen der Bruch mit der Schule einen Vorwand zum Wählgang und zum Vaster des Wählganges bietet. Aber sie werden und müssen ausnahmslos sein. Ihr anderen müht mit äußerster Kräfte Kenntnisse sammeln, wenn auch auf heimlichen Wegen, wenn Ihr auch Eure Bücher verbergen müht. Selbstverständlich wäre nichts schlimmer, als eine unwissende und auf Grund ihrer Unwissenheit ohnmächtige polnische Jugend. Wissen bildet nicht nur die allgemeine Macht, es bildet für Euch die Hebermacht über Eure Feinde, die schürstige Waffe, die beste Wehr, die Laute zu geistigen und ökonomischem Reichtum. Euer Streben geht ja auch nur darauf hinaus, daß Euch die Zuführung der notwendigen Kenntnisse in der Mutter-sprache gesichert wird. Und jetzt habt Ihr es den erwachsenen Männern und Frauen Polens zur großen Ehrensache gemacht, nicht zu rasten, bis sie Euch das erzie, große, allgemeine menschliche Gut erkämpft haben, den Gebrauch der Sprache, der die politische Freiheit zur Folge haben wird.

Im allgemeinen lautet eine gesunde politische Regel, daß man Kinder nicht in die Presse stellt. Doch, Ihr habt Euch selbst in die Presse gestellt, und das ist groß. In Polen hat es sich gezeigt, daß die zuletzt Geborenen, die auf die längste historische Erfahrung zurückblicken, wie kurz ihre persönliche Erfahrung auch ist — daß diese Jünglinge in Wirklichkeit die Weisesten sind. Ein Hauch vom Wate vergangener Felder und Feldinnen ist über Eure Häupter gezogen und hat Euch mitgerissen.

Ein Volk, dessen Kinder so weit vorgefahren sind, wie Ihr es seid, hat notgedrungen die Zukunft für sich. Eine Sprache, die so hoch geliebt wird, wie die polnische Sprache von Euch geliebt wird,

Die Befehlsverhältnisse in Südwestafrika scheinen also in jeder Beziehung recht unerfreulich zu werden. Man kann deshalb den Wunsch verstehen, daß Herr v. Lindequist recht bald in der Lage sein möge, die Verwaltung des Schutzgebietes zu übernehmen.

Der „Reichsbote“ meldet, daß Wilhelms sich nach Wilhelmshaven zum Vortrag beim Kaiser begeben habe, wobei auch die südwestafrikanische Frage zur Erörterung kommen dürfte. Diese Frage erheischt in der Tat schnelles Eingreifen. Es sei geboten, Trotha abzurufen und einen Mann nach Südwestafrika zu entsenden, der das Mißtrauen der Eingeborenen bessege und sie durch wohlwollende Maßnahmen zur Kapitulation veranlasse.

Es scheint danach nicht unwahrscheinlich, daß man Trotha zur „freiwilligen“ Rückkehr bewegen wird. Daß aber eine Veränderung des südwestafrikanischen Systems bevorstehe, erscheint angesichts der budgetwidrigen neuen Truppenverstärkungen recht unwahrscheinlich.

Chronik der Fälschungen. Kein Tag ohne die blödesten Fälschungen sozialdemokratischer Neuherungen!

Die „Tägliche Rundschau“, die sich noch kaum von dem Ruhm ihrer patriotischen Schweinefälschung erholt hat, hat heute wieder etwas entsetzt. Genosse Bernheim habe nämlich danach in den „Sozialistischen Monatsheften“ „empfohlen“:

„Man paßt sich, um recht viel Stimmen zu erlangen, auch oder überhaupt der Disposition eines größeren Kreises rüchständiger Wähler an und verläßt oder verleugnet sein sozialistisches Programm.“

Die „T. R.“ bemerkt dazu: „Wenn andere Parteien nach dieser Anweisung verfahren, würden die sozialdemokratischen Kritiker „nicht Worte genug der Zunge finden“. Selbst aber handelt die Sozialdemokratie theoretisch und praktisch nach diesem Rezept mit einer Unbesonnenheit, die einer besseren Sache würdig wäre. Auch das gehört zur Ethik des Zukunftsstaates.“

Die „freie Deutsche Presse“, die keine Fälschung vorüber läßt, ohne sie schleunigst für den Sozialistenpiegel aufzulieben, übernimmt natürlich auch den Schwindel, dessen Urheber aber diesmal nicht die kulturkämpferische „Tägliche Rundschau“, sondern ihr Gegenüber, eine „Zentrumskorrespondenz“ ist, die ihrerseits zu dem Satz bemerkt:

„Rechte Charaktere, diese „offen“ ehrlichen Agitatoren der Sozialdemokratie, denen es in der Agitation auf eine Portion „Vertuschen und Verleugern“ des eigenen Programms nicht ankommt! Wenn Bernheim auch weiter hervorhebt, von den Parteikonferenzen sei diese Taktik der Abfälschung und des Vertuschens offiziell gerügt worden, so tut dies der Wirklichkeit keinen Abbruch. Die Hauptfrage war jedenfalls doch auch der Partei, daß man die Stimmen hatte! Ist es so früher mit der Agitation in der Sozialdemokratie gehalten worden, so ist es auch heute noch nicht anders. Wo die sozialdemokratischen Agitatoren ihrer Sache sicher sind, da wird dreist die rote Fahne hoch gehalten; wo es sich aber um den Wimpelkampf handelt, verbirgt man sie sorgsam in der Tasche des Wollspelzes, in dem sich dann der Agitator „genosse“ zeigt. Nun weiß man aber, mit wie großem Recht die Sozialdemokratie auf die „drei Millionen“ stolz sein kann, die eingeständenermaßen durch eine günstige, rein äußerliche Wahlparole und eine Politik des „Vertuschens und Verleugerns“ gewonnen worden sind!“

Was aber hat Bernheim wirklich geschrieben? Man lese:

Die Anpassung (bei den Wahlen) geht in verschiedener Form vor sich. Einmal — und das ist die unwahrscheinliche, allgemeine, aber darum doch auch folgenreiche Form — paßt man sich an die Tages-situation an und führt den Kampf in erster Linie unter dem Banner von radikalen politischen z. B. Forderungen, die dieser entsprechen, ohne deshalb die sozialistischen Grundsätze und Ziele zu verleugnen. Die zweite ist, man paßt sich, um recht viel Stimmen zu erlangen, auch oder überhaupt, der Disposition eines größeren Kreises rüchständiger Wähler an und verläßt oder verleugnet sein sozialistisches Programm.

Ueber letzteres sind in der deutschen Sozialdemokratie so ziemlich von der Zeit an, seitdem sie besteht, Klagen geführt worden. Ehedem in viel härterer Weise, als heute, und auch mit viel größerem Rechte. Da die Wählerkraft in Bezug auf den Massencharakter hundert zusammengewürfelt, die Arbeiter in ihrer Masse weniger Klassenbewußt, die Agitatoren weniger durchgebildet waren, mußte es letzteren überaus nahe liegen, die Absichten und Ziele ihrer Partei durch Abfälschung und Vertuschung den rüchständigen Wählern mundgerecht zu machen. Wo solches der Kenntnis der Parteikonferenz fehlte, ist es stets aufs schärfste gerügt worden; aber nachgelassen hat es erst in dem Maße, wie die soziale Entwicklung das Arbeiterelement immer stärker anwachsen ließ und das politische Selbstgefühl der Arbeiter sich entsprechend hob.“

Aus diesem Hinweis auf eine von der Partei bekämpfte und in immer steigenderer Maße verschwindende Erscheinung, machen die edlen Fälscher eine Empfehlung, die Zentrumskorrespondenz noch mit einiger Vorsicht unter Anwendung des jesuitischen Vorbehalt, die „T. R.“ mit voller Verlogenheit.

Wenn wir nicht die Fälscherkunststücke der bürgerlichen Presse anprangern, so werden wir morgen diese Ankage in der Form wiedergegeben finden: Der „Vorwärts“ empfehle Fälschungen! —

bestigt notwendiger eine mächtige Ausdehnungskraft. Es zeigt sich ja auch, daß ihr Gebiet, trotz der Unterdrückungsversuche zweier Großmächte, von Tag zu Tag mit reißender Eile zunimmt.

Ihr habt gefahst, daß es das heiligste Recht ist, eine Muttersprache zu gebrauchen, in seiner Muttersprache unterrichtet zu werden, die Vergangenheit und Gegenwart seines Vaterlandes in Vergangenheit und Gegenwart lernen zu lernen. Ihr habt das Verbrecherische eines Regierungssystems begriffen, das bei Euch als Vergehen behandelt, was es als Tugend bei seinen eigenen Bürgern preist, die Liebe zum Vaterlande und dessen Sprache. Ihr habt eingesehen, daß die sprachliche Umgestaltung der Schule die Umgestaltung aller Verhältnisse von Grund aus bedeutet. Und so habt Ihr Eure Einsicht, Euren Willen bestimmen lassen und habt Euren Willen unzweideutig an den Tag gelegt. Die Russen haben diesen Euren Willen nicht brechen können. Mögen es die Polen noch weniger! Antwortet den Klerikern, die es versuchen: Unter Rechtsinn ist stärker und feiner, als der Euer!

Seinem Wesen nach ist das Kind schwach und weich. Ist es störrisch, so währt in der Regel sein Widerstand kurz, und wenn es trotz, geschieht es zumeist aus bösem Willen, weil es auf irgend ein schädliches oder zerstreutes Vergnügen, wozu es Lust hat, nicht verzichten will. Man hat nie zuvor in der Weltgeschichte gesehen, daß Kinder sich gegen ihre Lehrer, ja gegen die Obrigkeit in Kraft einer Idee auflehnen haben, einer jüdischen oder einer politischen.

Einer politischen. Denn die polnische Schulschule hat nicht nur Nationalgefühl und Rechtsinn bewiesen, sie hat auch politisches Feingefühl an den Tag gelegt. Sie hat begriffen, daß jetzt der Augenblick gekommen, jetzt oder nie! Sie hat gesehen, daß wenn Russisch-Polen sich jetzt nicht befreien kann, da die Niederlagen über das Jarentum niedergelassen und es in Europa erschüttert, in Asien geschlagen ist, sich Polen aufs neue für ein Jahrhundert in Trauer kleiden und Wäde auf sein Haupt streuen kann.

Aber es wird nicht geschehen.

Jetzt, gerade jetzt ist der große Augenblick gekommen. Jetzt krähen alle Hähne. Bald singen alle Vögel. Jetzt flammen alle Herzen, worin nur ein Funken vom heiligen Feuer der Freiheitsliebe lebt. Die Freiheitsliebe selbst steht nur noch blutrot am Horizont. Aber bald wird sie steigen, leuchtend und golden über alle die unterdrückten Völkerstaaten in dem großen russischen Land.

Ihr, die Jugend Polens, habt daran geglaubt! Euer Glauben, wie Euer Wille macht Euch Freie. Das Polen lebe, das in Euch wiedergeboren wird! Die Freiheit lebe, deren Grundlagen Ihr erreicht werdet! Und möge die Vegetierung, die Ihr in Eurer frühesten Jugend empfanDET, sich rein und ungeschwächt in Euerem Sinne erhalten, so daß Ihr sie kommenden Geschlechtern mitteilt!

Georg Brandes.

Spionageangst.

Aus Wilhelmshaven wird uns berichtet: Die unter Spionageverdacht Verhafteten Engländer, die inzwischen wieder freigelassen sind, waren am Sonnabend in ihrem Segelboot hier eingetroffen. Am Montag kreuzte ihr Boot in so auffälliger (?) Weise auf der Jade, daß deswegen eine Meldung der Küstenwache an das Stationskommando erging, welches darauf die Einbringung des fremden Bootes veranlaßte. Da die drei Insassen sich durch keinerlei Papiere auszuweisen vermochten, wurde ihr Boot vorläufig angehalten. Gleichzeitig erfolgte beim deutschen Generalkonsul in London eine telegraphische Anfrage über die Richtigkeit der von den Fremden gemachten Angaben. Zwei von ihnen, Herbert und Harold Klugh, sind Lehrer der Mathematik an der technischen Hochschule in London. Der dritte, der sich Bernard Dealins nannte, ist nach Angabe des Generalkonsuls in London unbekannt, behauptete aber, Tee-pflanzler in Indien zu sein. Da die gründliche Durchsuchung des Bootes nichts Verdächtiges ergab, mußte die Freilassung erfolgen. Die Schuld an dem unrechtmäßigen Aufenthalt haben sich die Fremden selbst zuschreiben, da sie, ohne Legitimation bei sich zu haben, in auffälliger Weise in die Gebiete eines fremden Kriegsschiffes kreuzten.

Wieder spottete man immer über französische Spionagefurcht! —

Der ostafrikanische Kolonialkrieg ist da!

Das offiziöse Depeschensbureau meldet: Berlin, 18. August. Nach einem soeben eingegangenen Telegramm des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika hat sich die Lage im Schutzgebiet verschlimmert. In den Matumbibergen, wo die örtlichen Unruhen rasch unterdrückt werden konnten, ist kein neuer Zwischenfall eingetreten. Dagegen herrscht neuerdings Unsicherheit in den Bezirken von Donda und Livala. Nach Kilwa sind Eingeborenenberichte gelangt, wonach Bischof Spies, Bruder Gabriel Sonntag, Bruder Andreas Schulzen, Schwester Felicitas Hiltner und Schwester Cordula Ebert auf einer Reise zwischen Kilwa und Livala ermordet worden sind. Der Bischof war durch das Bezirksamt Kilwa zurückgerufen und mehrmals ersucht worden, die Reise aufzugeben, hatte aber erklärt, auf eigene Verantwortung reisen zu wollen. Der Gouverneur hat die sofortige Verstärkung seiner Machtmittel beantragt!

Wieviel Millionen und das neue Kolonialabenteuer kosten wird?!

Hueland.

Italien.

Reise auf Sizilien.

Unser römischer Korrespondent meldet uns: In Granichele (Provinz Catania) kam es zu einem furchtbaren Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht, bei dem zehn Personen getötet und zweihundert, darunter Frauen und Kinder, verwundet wurden. Jede annehmbare Erklärung der Ursachen dieses Massakers fehlt. Der Parteivorstand schickte den Abgeordneten Todeschini nach Granichele, um eine Enquete über das furchtbare Verbrechen zu veranstalten.

Granichele ist eine Stadt von 150 000 Einwohnern, die vom Weinbau, Lösserei und Arbeit in Steinbrüchen lebt. Seltsam ist es, daß das „Wolffsche Bureau“ über das entsetzliche Verbrechen keinerlei Nachricht übermittelte. Wahrscheinlich hat die italienische Regierung wieder einmal die Nachrichtenperre verhängt! —

Die „Verfassung“ des Zaren.

Für diesen Sonnabend wird abermals die Veröffentlichung der „Verfassung“ angekündigt.

Das „Bureau Laffan“ bringt folgende Einzelheiten dieser Spottgeburt:

Das kaiserliche Manifest über die Einberufung einer Volksvertretung wird am morgigen Sonnabend gleichzeitig in Petersburg und Moskau veröffentlicht werden. Es verkündet die Einberufung einer beratenden Nationalversammlung von 520 Mitgliedern, von denen das europäische Rußland 412, die Stadt Petersburg 8 und Moskau 4 Mitglieder entsenden. In Petersburg ist das Stimmrecht an den Besitz von Grundeigentum mit einem Reinertrag von mindestens 1320 Rubel geknüpft. Für andere Städte ist dieser Betrag stufenweise niedriger festgesetzt. Frauen, die Grundeigentum besitzen, können ihre Wahlstimme durch männliche Vertreter abgeben. Die Bauern entsenden Wahlmänner aus ihren Gemeinden zur Stimmabgabe bei den Wahlen zur Nationalversammlung.

Man kann schon glauben, daß diese Verköhnung des russischen Volkes von Robjedonoszew stammt. Die ganze „Volksvertretung“ hat nur „beratenden“ Charakter! Und das Wahlrecht ist an einen Jenus geknüpft, der zum Beispiel in Petersburg nur für Hausbesitzer mit einem Reinertrag von 1320 Rubeln, also nur für die allerreichsten Hausagrarier erschwinglich ist.

Es ist klar, daß diese Reform auch den zornigsten Liberalen nicht befriedigen kann, und daß diese Einlösung des zarischen „Versprechens“ das Ende aller Hoffnungen auf Väterchen, die allgemeine bis zum Ziele fortschreitende Revolution bedeutet!

Der russische „Kurier“ bringt noch folgende vorläufig unkontrollierbare, zum Teil abweichende Einzelheiten, die an sich gleichgültig sind, aber als Material wiedergegeben werden mögen:

Die „Gosudarstwennaja-Duma“ erscheint neben dem bisherigen Reichsrat wie die obere und untere Kammer beim Parlamentarismus. Zur Tätigkeit der „Gosudarstwennaja-Duma“ gehört die „gesetzgebende Initiative“, das Recht, alle Minister zu befragen, alle Kredite, darunter auch solche zu Militärszwecken, zu „prüfen“ usw.

Die „Gosudarstwennaja-Duma“ soll Bestimmungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern Rußlands treffen (also eine Art parlamentarische Kosakenherde!). Der Zutritt zur „Gosudarstwennaja Duma“ ist allen (?) Massen der Bevölkerung gestattet.

Die Wahlen werden von den Gutsbesitzern, Städtern, Bauern und Kosaken gesondert erfolgen. Ein Abgeordneter kommt auf je 250 000 bzw. 350 000 Einwohner.

Städtische Wähler können alle Personen, ohne Unterschied der Nationalität (?) sein, die ein gewisses Vermögen besitzen und eine gewisse Mietsteuer zahlen; sie wählen einen Abgeordneten auf je 100 000 Einwohner. Bedeutende Städte jedoch, die unter 100 000 Einwohner haben, wählen ebenfalls je einen Abgeordneten.

Die Bauern und Kosaken wählen für jedes Gouvernement und Gebiet je einen Abgeordneten. Speziell für die Bauern ist ein dreistufiges Wahlsystem vorgesehen worden. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Gosudarstwennaja-Duma wird mehr als 500 sein, darunter etwa 90 Vertreter der Bauern.

Die Bewegung in Finnland.

Helsingfors, 17. August. Der Senat schlug vor, in diesem Jahre einen außerordentlichen Landtag einzuberufen zur Beratung des Wahlrechts und anderer Fragen.

Ausstand in Rußisch-Polen.

In Warschau sind am Freitag die Arbeiter in größerem Umfang in Streik getreten.

Bauernkrieg in den Ostseeprovinzen.

Man schreibt uns aus Riga, den 18. August: Die Ereignisse in Kurland spizen sich immer mehr zu. In der Umgegend von Riga herrscht jetzt ein Generalstreik der Landarbeiter. Die letzten Bauern sind bis an die Zähne bewaffnet, gehen in Scharen umher, zerstören die Höfe der Gutsbesitzer, berauben die Mästen und verbrennen die Stängeln der ländlichen Bauernämter.

In der Nähe von Annenburg ist dieser Tage zwischen Kosaken und Bauern eine wahre Schlacht geliefert worden, wobei die Kosaken schließlich entflohen.

Man erwartet von Tag zu Tag die Deklaration des Kriegszustandes, dessen Vorboten sich schon bilden lassen. Heute erließ der Gouverneur eine Befehlsanordnung, wonach in Kurland stattfindende Unruhen in Zukunft den Militärgerichtshöfen unterliegen sollen.

Außerdem ist vom Gouverneur eine Reihe von „obligatorischen Verfügungen“ erlassen worden, u. a. eine charakteristische „Verfügung über Fahrräder“. Dieselbe hat folgenden Inhalt: Alle Personen, die keine polizeiliche Erlaubnis zur Benutzung eines Velozipeds besitzen, müssen ihre Fahrräder an die Polizei zur Aufbewahrung abliefern. Falls dieses nicht binnen einiger Wochen geschieht, werden die Fahrräder von der Polizei konfisziert und in das Eigentum des Staates übergeben.

Diese Verfügung ist augenscheinlich aus „politischen“ Gründen erfolgt.

Zweck ungeförter Abhaltung geheimer Massenversammlungen von Arbeitern im Walde oder im Felde außer der Stadt wurden Patrouillen organisiert, bestehend aus Radfahrern, die der Versammlung das eventuelle Eintreffen von Polizei oder Militär schnellstens signalisieren sollten.

Künftig dürfen also nur „anständige Bürger“ Rad fahren, die sich zu solchen Diensten nicht hingeben werden.

Von der Friedenskonferenz.

Portsmouth (New Hampshire), 17. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Von der Friedenskonferenz sind noch die Artikel 10, 11 und 12 zu beraten. Artikel 10 betrifft die Uebergabe der in fremden Häfen internierten russischen Kriegsschiffe, 11 die Beschränkung der russischen Seestreitkräfte in Ostasien und 12 die Fischereirechte Japans an der russischen Küste von Wladiwostok bis zum Behringsee. In den beiden Hauptdiskussionspunkten dürfte es zu folgendem Kompromiß kommen: Rußland überträgt Japan die Souveränität über Sachalin, und Japan verpflichtet sich, die Insel wieder zu besetzen, noch zu militärischen und strategischen Zwecken zu benutzen und der Russen dort dieselben Fischerei- und Handelsrechte einzuräumen, wie den Japanern selbst. Japan dürfte auf eine Kriegsentwädigung verzichten und sich statt dessen mit den Einkünften begnügen, die sich aus der Uebergabe der Bahnhöfe auf der Liaoning-Dalbahn mit Port Arthur, der chinesischen Ostbahn und der Berggütung für die Verpflegung von 100 000 Kriegsgefangenen Russen in Japan ergeben.

Portsmouth, 18. August. Sämtliche russische Bevollmächtigte und Delegierte bei der Friedenskonferenz versammelten sich gestern um Mittag bei Minister Witte. Dies war die erste Sitzung seit Beginn der Konferenz, an der sämtliche Vertreter Rußlands teilnahmen. Da die vorläufige Beratung der Friedensbedingungen im wesentlichen beendet ist, wurde wahrscheinlich ein Bericht darüber entworfen und nach Peterhof übermittelt. Es verlautet, die Ansichten der einzelnen russischen Delegierten weichen voneinander ab. Einige befürworten die Abtretung Sachalins, andere treten für die Zahlung einer Entschädigung ein für den Fall, daß ein Kompromiß angeboten wird. Niemand wünscht aber, daß in beiden Punkten nachgegeben werde.

Die einzige Grundlage für den hier herrschenden Pessimismus ist die Tatsache, daß gestern kein Fortschritt gemacht worden ist. Einer der Bevollmächtigten hat erklärt, der Artikel 10, der sich auf die internierten Kriegsschiffe bezieht, ist nur deshalb zurückgestellt worden, weil beide Teile die Zurückstellung in Anbetracht der Tatsache vorzogen, daß die streitigen Hauptpunkte der Konferenz noch bevorstehen.

Ein Wink mit dem Jaunpfahl.

London, 18. August. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 17. d. M.: In einer am Sonntag vom Marfchal Oyama und allen seinen Generalen beim Kaiser eingegangenen Denkschrift wird gesagt, daß die japanischen Truppen ängstlich darauf warten, den entscheidenden Schlag gegen den Feind zu führen; sie befürworten energisch schärfere Friedensbedingungen.

Soziales.

Erfolge einer ernsthaften Wohnungsaufsicht.

Man schreibt uns: Die Stadt Rürth i. W. hat, nachdem eine von ihr veranstaltete allgemeine Wohnungsaufsicht eine Reihe von Mißständen zutage förderte und namentlich ungeeignete Abortverhältnisse und feuchte Wohnungen, vorchriftswidrige Beschaffenheit der Schlafgängeräume und zu große Wohnbündigkeit in den von den Arbeitern bedienten Stadtteilen ergab, eine ständige Wohnungskontrolle eingeführt, wobei die Beseitigung der größeren Mängel mittels entsprechender, gleich an Ort und Stelle getroffener Maßnahmen der Wohnungsinpektion veranlaßt wird. Diese Einrichtung besteht erst seit Jahresfrist, hat aber bereits gute Folgen gezeitigt. So ist es gelungen, die besonders in der Altstadt sehr mißlichen Abortverhältnisse wesentlich zu verbessern, indem die Wohnungsinpektion die betreffenden Anlagen besichtigte und Maßnahmen vorschlug, denen von den Hausbesitzern, obwohl häufig häufige Veränderungen mit zum Teil erheblichem Kostenaufwande nötig waren, willig nachgegeben wurde. Man rechnet, daß nach Verlauf zweier Jahre die Abortverhältnisse in der ganzen Altstadt eine den gebührenden Verhältnissen entsprechende Verbesserung erfahren haben werden.

Auch bezüglich der feuchten Wohnungen ist eine merkliche Verbesserung erzielt worden, besonders da, wo die Feuchtigkeit als Folge der Ueberfüllung und des Mangels an Luft und Licht auftritt. Durch die von der Wohnungsinpektion angeordnete gründliche Erneuerung der Wände, Beschaffung geeigneter Licht- und Luftzufuhr und Verminderung der Wohnerdichte wurde der feuchte Zustand beseitigt, während in den verbesserungsunfähigen Wohnungen das Wohnen und Schlafen untersagt wurde.

Schwere Mißstände hatte die Erhebung im Schlafgängerwesen ergeben. Von 1808 Schlafgängeräumen waren 560 ohne eigenen Eingang, 181 mußten wegen Feuchtigkeit und mangelhafter Ventilation beanstandet werden, in 202 Räumen betrug der Luftdruck unter 10 Kubikmeter, während in 351 der Mindestluftstrom nur um eine Kleinigkeit überschritten wurde. Bei 60 Prozent aller mit Schlafgängern besetzten Wohnungen zeigten die den Familienmitgliedern zur Verfügung stehenden Betten nicht aus. Zur Beseitigung dieser Mißstände wurde angeordnet, daß der Wohnungsinhaber die Aufnahme von Schlafgängern beim Einwohneramt anzeigen hat; auf die täglichen Anmeldungen erfolgt sofort die Kontrolle durch die Wohnungsinpektion, die sobald die Beseitigung etwaiger Mißstände anordnet. In der gleichen Weise werden die Familienwohnungen einer ständigen Kontrolle unterstellt, da sich gezeigt hat, daß besonders die kleinen Wohnungen überfüllt waren, weil vielfach noch Räume in Untermiete vergeben wurden, obwohl die vorhandenen Zimmer nicht einmal für die Familienmitglieder ausreichten. Diese Ueberfüllung wird jetzt durch die Wohnungsinpektion verhindert.

Sehr schön! Aber, was geschieht mit den Leuten, denen dadurch das Wohnen verteuert wird, ohne daß ihr Einkommen sich hebt? Wohnungsbau durch die Gemeinde ist die meistentheilige Ergänzung der Wohnungskontrolle.

Zur Frage der Parteivertretung vor den Gewerbe-gerichten beschloß eine Konferenz der Arbeitervertreter der Gewerbe-gerichte Badens:

Die heutige Konferenz ist der Ansicht, daß unter „geschäftsmäßiger“ Vertretung die Vertretung durch Arbeitsekretäre, Gewerkschaftsbeamte usw. nicht zu verstehen sei, weil bei Schaffung des Gewerbegerichtsgesetzes an diese Kategorie von Beamten nicht gedacht war. Bei Ortsabwesenden, Minderjährigen, Gebrechlichen usw. ist eine Vertretung absolut notwendig. Es ist eine Änderung des Gesetzes in diesem Punkt zu erstreben und wird vom Gewerbegerichtstag in Würzburg erwartet, daß die erforderlichen Schritte hierzu eingeleitet werden.

Ferner beschloß die Konferenz zur Frage des Arbeitsnachweises:

Die am 13. August 1905 in Karlsruhe tagende Konferenz der Arbeitnehmerbeisitzer bei den Gewerbe-gerichten Badens spricht in Ansehung der bei der gewerbmäßigen Stellenvermittlung zutage tretenden Mängel die Überzeugung aus, daß ein Eingreifen auf dem Wege der Gesetzgebung zur Notwendigkeit geworden ist. Die Konferenz richtet an die Gewerbe-gerichte die Aufforderung, Stellung zu der Frage zu nehmen und entsprechende Gutachten auszuarbeiten. Die Teilnehmer an der heutigen Konferenz verpflichten sich, darauf hinzuwirken, daß in den von den Gewerbe-gerichten abzugebenden Gutachten das Prinzip vertreten wird, daß die Zulassung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses abhängig gemacht und das Bedürfnis überall dort verneint wird, wo öffentliche Arbeitsnachweise vorhanden sind. Es soll in dem Gutachten der Gewerbe-gerichte auch die Notwendigkeit der Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage betont und an Staat und Kommunen die Aufforderung zur Unterstützung solcher Institutionen gerichtet werden.

Kassenzwang.

Das Kaufhaus Max Mannheim hier, Frankfurter Allee, vertritt an seine Hetzmarbeiter folgende Mitteilung:

Berlin, den 10. August 1905.

Am 14. d. M. werden Sie von mir von der bisher zuständigen kaufmännischen Krankenkasse abgemeldet und ersuche ich Sie, wenn Sie der Arbeit aus meinem Hause nicht verlustig gehen wollen, mir bis zu dem genannten Tage den Nachweis zu erbringen, daß Sie Mitglied einer Orts- oder Hilfskassenzentrale sind.

Wir halten dieses Verfahren für eine Verletzung des § 80 des Krankenversicherungsgesetzes. Dieser bestimmt:

Den Arbeitgebern ist untersagt, die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes zum Nachteil der Versicherten durch Verträge (mittels Reglements oder besonderer Uebereinkunft) auszuschließen oder zu beschränken. Vertragsbestimmungen, welche diesem Verbote zuwiderlaufen, haben keine rechtliche Wirkung.

Solche Abreden sind überdies nach § 82 strafbar. Darüber, welcher Klasse ein Arbeiter anzugehören hat, steht dem Unternehmer kein Bestimmungsbrecht zu. Der Versicherungspflichtige ist nur verpflichtet, einer dem Gesetze genügenden Klasse anzugehören.

Versichert er sich nicht ausreichend bei einer freien Klasse, dann gehört er von geschiedenen einer Zwangsklasse an. Welche das ist, darüber bestimmen Kassenzentralen beziehungsweise behördliche Anordnungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Niemand darf der Unternehmer dem Arbeiter vorschreiben, wo er seiner gesetzlichen Versicherungspflicht genügen soll. Die Anordnung des Kaufhauses M. Mannheim stellt also ein nach § 80 verbotenes Reglement dar. Die rechtliche Unwirksamkeit hat allerdings nicht viel Bedeutung; sie kann nur für den Fall einer Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist aus diesem Grunde Bedeutung erlangen. Dagegen bleibt die strafbare Handlung unter allen Umständen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Die Differenzen in Betrieben des Konsumvereins des Siemens-Schuckert-Werkes in Charlottenburg sind beigelegt.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Verwaltungsstelle Charlottenburg.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Droschkenführer Berlins und Umgegend, zu der 120 Führer ihre Vertreter abgeordnet hatten, fand in der Nacht zum Freitag in den Armirenhallen, Kommandantenstraße, statt, um zu dem vom reichsstatistischen Amt übersandten Fragebogen, mit Bezug auf die Arbeitszeit im Droschkenführergewerbe Stellung zu nehmen. In der sehr regen Diskussion traten alle Redner für eine Maximal-Ruhezeit von 12 Stunden innerhalb 24 Stunden ein und erklärten, nur nach Einführung dieser Ruhezeit sei es möglich, ein menschenwürdiges Dasein als Droschkenführer zu führen. Gegenwärtig werde 14, 16, ja häufig genug 24 bis 30 Stunden ununterbrochen gefahren. Diese unmäßige Ausdehnung des Fahrens bilde auch eine stete Gefahr für alle Fußwege, Fußgänger usw., der unbedingt Einhalt geboten werden müsse. Im Unfallkatastrophengebiet seien in einer Reihe von Fällen 300, ja sogar 305 Arbeitstage im Jahre im Droschkenführerbetriebe festgesetzt worden; da sei es nicht zu verwundern, wenn die Unfälle im Straßenverkehr sich immer mehr häuften. Die Versammelten erklärten sich einstimmig für diese Ruhezeit. Ferner verlangten die Redner in je dem Monat eine ununterbrochene 36 stündige Ruhezeit an einem Wochentage (der Fragebogen weise freilich keine Ruhezeit auf). Sie begründeten dieses damit, nicht nur um ihre Sachen in Ordnung halten zu können, wobei die Ruhezeit gefordert, sondern um sich auch einmal ihrer Familien widmen zu können; die Kinder lernten kaum ihren Vater kennen. Es sei vorgekommen, daß erstere die Mutter gefragt hätten, was ist das für ein fremder Mann? Die Kinder hätten immer schon geschlafen, wenn ihr Vater nach Hause gekommen sei. Bei der Abstimmung erklärte sich die Versammlung einstimmig für diese Forderung.

Ferner erklärten sich die Versammelten einmütig für die Einführung eines freien Sonntags, d. h. „einen Sonntag um den anderen frei“ und zwar davor, daß, wie es im neuen Droschken-Polizeireglement vorgesehen, „an den Sonntagen, welche auf einen Tag mit ungerader Zahl fallen, die Droschken mit ungerader Zahl, und an den Sonntagen, welche auf einen Tag mit gerader Zahl fallen, die Droschken mit geraden Nummern gänzlich außer Betrieb bleiben.“

Die Vereinigung der Fliesenleger beschäftigte sich am Donnerstag mit der gegenwärtigen Situation der Tarifverhandlungen. Buttky legte dar, daß die Kommission sich an das Gewerbe-gericht gewandt und um Einberufung von Arbeitgeber und Arbeiter zu einer gemeinsamen Beratung ersucht habe. Es sei aber vorläufig ein abschließender Bescheid erfolgt. Die Kommission habe sich darauf in einem Schreiben an die bisherigen vertragschließenden Firmen gewandt und unter begründeter Darlegung der Ursachen die Kündigung des Vertrages ausgesprochen. Weiter wird in dem Schreiben darum ersucht, eine gemeinsame Sitzung der Vertreter beider Kontrahenten einzuberufen, wo die Wünsche der Arbeiter erörtert werden sollen. Die hauptsächlichsten Forderungen bestehen in einer Erhöhung des Stundenlohnes. So sollen in der Zeit vom September 1905 bis September 1906 für die Fliesenleger bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit 85 Pf. die Stunde, für die Hilfsarbeiter bei 9 stündiger Arbeitszeit 55 Pf., und vom September 1906 bis dahin 1907 90 resp. 60 Pf. bezahlt werden. Daß dieser Lohn nicht zu hoch ist, beweise der Umstand, daß er von einigen größeren Firmen schon jetzt gezahlt wird. In

der darauf folgenden lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten bekräftigt und ergänzt. Großen Unwillen rief die Mitteilung hervor, daß die Firma Rosenfeld den Versuch unternommen habe, mit ihren Angestellten einen besonderen Vertrag abzuschließen. Mehrere bei dieser Firma beschäftigte Fliesenleger wußten von einer solchen Absicht nichts, erklärten aber überzeugend, daß sie unter keinen Umständen einen derartigen Verrat über würden. Von anderer Seite wurde weiter darauf hingewiesen, daß es jetzt von einigen Firmen beliebt wird, in größerer Zahl durch Ueberstunden die vorhandenen Arbeiten fertig zu stellen, damit dann beim Ablauf des Vertrages im September den Forderungen abnehmend begegnet werden kann. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, am Sonnabend die Forderung einzureichen, um bei Nichtanerkennung am Montag die Arbeit ruhen zu lassen. Demgegenüber betonten Buttky, Holzwart, Aliemann u. a., daß man wie bisher mit Ruhe und Besonnenheit die Lohnbewegung führen wolle. Nicht aus Furcht vor einer Niederlage — dazu sei die Organisation zu stark — sondern in der festen Absicht, zu zeigen, daß die Arbeiter ehrlich bestrebt waren, eine Einigung herbeizuführen, wolle man bis zum kommenden Sonntag auf die noch ausstehenden Antworten warten. Sollte dies bis dahin nicht geschehen sein, so wird die Kommission die Arbeitgeber selbst zu einer Sitzung laden. Ergibt auch diese kein befriedigendes Resultat, dann wird seitens des Vorstandes der Weg beschritten werden, der zur Anerkennung der Forderungen führen muß. Mit einem Appell an die Anwesenden, die Ueberstundenarbeit zu vermeiden, schloß die gut verlaufene Versammlung.

Deutsches Reich.

Hafenarbeiterstreik. In Bremen sind über 200 in Stauererbetrieben beschäftigte Arbeiter in den Streik getreten, weil eine Einigung über ihre geringen Forderungen mit den Unternehmern nicht zu erzielen war. Die Arbeiter fordern statt 43 Pf. 47 1/2 Pf. Stundenlohn für Arbeit auf dem Wasser und auf dem Lande; geboten wurden ihnen 45 Pf. pro Stunde auf dem Wasser. Die Arbeiter erklärten sich zufrieden mit 46 Pf. pro Stunde auf dem Wasser und 43 Pf. pro Stunde auf dem Lande, wo für die betreffenden Arbeiten seit 1888 nur 40 Pf. pro Stunde bezahlt wird. Hinsichtlich der Sonntagsarbeit, Ueberarbeit und Stücklohnarbeit wird ebenfalls teils ein völliger Ausschlag, teils fest unrichtige Bestimmungen im Tarif gefordert. Es besteht die Möglichkeit, daß der Streik noch größere Dimensionen annimmt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Einen Tarifentwurf haben die Glöckengießer Rürnbergers den Unternehmern vorgelegt. Die Hauptforderungen sind die 57stündige Arbeitszeit pro Woche, Festsetzung von Minimallohnen und 15prozentige Lohnerhöhung.

Die Holzarbeiter in Köln, Mülheim a. Rhein und Kall haben den Unternehmern einen neuen Lohn- und Akkordtarif unterbreitet. Die „Christlichen“ haben sich der Bewegung nicht angeschlossen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Die Tapezierergesellen in Meran sind in den Ausstand getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Wähtung, Hutmacher. Die Kollegen in Vrede (Dänemark), Fabrikant Daberlofen, befinden sich im Streik. Da Daberlofen nach Deutschland gereist ist, um Arbeitswillige zu suchen, ist es geboten, dem Herrn, wenn er irgendwo auftaucht, die richtige Antwort zu geben. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Verfassungen.

Ueber „Weltpolitische Abenteuer der Reichsregierung“ sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Ledebour in einer Volksversammlung des 8. Kreises, welche am Dienstag bei Hensel, Invalidenstr. 1a, stattfand. Der Referent kennzeichnete die Politik der Reichsregierung, der die Sozialdemokratie nie zustimmen werde. Die Politik der Eroberung fremder Völker und Länder, die Politik der gepanzerten Faust führe notwendig zur Verheerung und zu Katastrophen. Redner schilderte eingehend das Treiben der Kriegsinstrumente und die Kolonialpolitik der Regierung. Unsere Industrie habe von der Welt- und Kolonialpolitik keinen Vorteil. Es ist eine Politik der Abenteuer. Die Bureaucratie hat in Afrika ein Zeichen ihrer Unfähigkeit gegeben. Als der Redner den Hereroaufstand schilderte und die jüngst veröffentlichten Erlasse des Generals v. Trotha verlas, schallte bei dem Satze, der sich auf die Behandlung der Weiber und Kinder bezieht, ein elementarer Entrüstungsschrei durch den Saal: „Und das schreibt ein deutscher General!“ „Pfu!“ „Nieder mit ihm!“ Der Erlaß an die Soldaten bedeute keine Abschwächung. Diesen Erlaß hat die Reichsregierung gefolgt. Die Sozialpolitik mit den „Windhuler Nachrichten“ bestätigt das. Als die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage die Abberufung Trothas forderte, schwiegen oder beschönigten die bürgerlichen Parteien diese Zustände, was sie bei sozialdemokratischen Forderungen immer tun, und gaben damit ein erschreckendes Zeichen ihrer Delation. Die Vorkommnisse in Südwesafrika sind die unaussprechlichen Folgen der Konquistadorenpolitik, die die Reichsregierung treibt. Alle Völker, die diese Politik trieben, sind daran zugrunde gegangen. Auf unsere Politiker aber trifft das Wort Napoleons über die Bourbonen zu: „Sie haben nichts gelernt und alles vergessen.“ (Stürmische Zustimmung.) Während Rußland für seine Eroberungspolitik und sein Schandregiment die verdiente Strafe erhält, zeitigte Fürst Bismarck im Moratorium eine Politik der Verästelung an. Der Reichskanzler habe in unverantwortlicher Weise den Kaiser irreführt auf Unkenntnis der Machtverhältnisse in der Welt, die in unglücklicher Weise in der Reichspolitik zutage tritt. Deutschland habe durch seine China-Abenteuer den ostasiatischen Krieg mitverschuldet. Heute noch sieht eine Brigade in der chinesischen Provinz Tschü. Bei den Siegen der Japaner muß auch das Selbstbewußtsein der Chinesen steigen und die Möglichkeit von Konflikten ist immer vorhanden. Die Regierung spielt mit dem Glück des deutschen Volkes. Die Abschiebung von neuen Truppen nach Afrika ohne Budgetrecht zeigt, daß die Konstitution ein Verbot werden kann, wenn der Reichstag nicht sofort einberufen wird. Wir wollen keine Regierung nach russischem Muster. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz. Gätten wir ein Bürgertum, das seine Aufgaben erfüllt, so wäre Bismarck Herrin Delcassé nachgegangen. Unterlassen es die bürgerlichen Parteien, die Einberufung des Reichstages zu verlangen, so wird bald das gesamte Volk zur Erkenntnis kommen, daß es irre geführt wird. Uns „vaterlandslosen Gesellen“ liegt des Volkes Wohl und Wehe am Herzen. Die Sozialdemokratie wird unerschieden kämpfen, bis sie zur Herrschaft gelangt und das Wort verwirklichen wird: Friede auf Erden und den Völkern ein Wohlgefallen. (Stürmischer Beifall.) In der Diskussion forderte die Genossin Matzke die Frauen zum Eintritt in den Verein der Frauen und Mädchen und zum Abonnement der „Gleichheit“ auf. Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden fand die sehr stark besuchte Versammlung in einem dreifachen Brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende.

Die fünf Berliner Filialen des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielten am Mittwoch im Gewerkschaftshaus eine gemeinsame Versammlung ab, um die Berichte vom Gewerkschaftskongress und vom internationalen Textilarbeiterkongress entgegen zu nehmen. Karl Hübsch referierte zunächst über den Gewerkschaftskongress, indem er eine Uebersicht der wichtigsten Verhandlungen und Beschlüsse gab. Er billigt die erfolgte Regelung des Unterstützungswesens in bezug auf die allgemeine Unterstützung von Streikern in einzelnen Bezirken. Den Beschlüssen habe er großen Herzens mit gefolgt. Bezüglich

des Generalstreiks ist er der Auffassung, wie sie in der bezüglichen Resolution des Gewerkschaftskongresses zum Ausdruck kommt. Er begründete diesen Standpunkt näher. Bei Behandlung der Frage der Meißner griff Redner auf die Verhältnisse bei den Textilarbeitern zurück. Trotz eifrigster Agitation für die Feier durch Arbeitsruhe sei es bei ihnen zu keiner wirksamen Demonstration am 1. Mai gekommen. Im Gegenteil sei nur vereinzelt durch volle Arbeitsruhe in der Textilindustrie gefeiert worden. Die Machtverhältnisse veränderten hier die einheitliche Feier. Sollte man aber die Meißner durch Kampf durchdrücken, dann müßte man das ganze Jahr nur zu diesem einen Zweck rüsten. So neige er zu der Resolution R. Schmidt. Es müßte eine einheitliche Demonstration ermöglicht werden, die auch wirklich als Demonstration in die Erscheinung trete. Das könnte durch viele überfüllte Versammlungen am Abend geschehen. So lange die beschriebenen Meißnerbeschlüsse aufrecht erhalten würden, sei natürlich mit aller Kraft für volle Arbeitsruhe zu wirken.

Anschließend an dieses Referat erstattete Hübsch gleich den Bericht vom internationalen Textilarbeiterkongress in Mailand. Wenn an der Tätigkeit des internationalen Sekretärs, eines Engländer, scharfe Kritik geübt worden sei, so wäre ja allerdings richtig, daß wenig geleistet sei. Redner meinte aber, die Schuld sei doch nicht so ausschließlich dem Sekretär beizumessen. Mit nur ein paar Tausend Mark, wie sie ihm für drei Jahre zur Verfügung standen, lasse sich eben speziell von einem internationalen Sekretariat wenig ausrichten. Er meinte, daß, wenn das Sekretariat in Deutschland wäre und nicht mehr Geld einliefe, beim nächsten internationalen Kongress dem deutschen Sekretär dieselben Vorwürfe gemacht würden. Eine internationale Verbindung könne eben nur dann zufriedenstellend arbeiten, wenn jede der beteiligten Nationen gut organisiert sei und fleißig materiell beitrage. Diese Lehre sei auch aus dem diesjährigen internationalen Kongress zu ziehen. Als erfreulich hob Redner hervor, daß alle Nationen einig waren darin, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zu erstreben sei, mit dem Ziel des Achtstundentages. Auch die große Mehrheit der Engländer habe sich dafür erklärt.

In der Debatte nahm der Artikel des „Anarchist“ über Legien, Gewerkschaftskongress und Vorkongress einigen Raum ein, nachdem Brüllow die Angelegenheit zur Sprache gebracht und an den Referenten eine Anfrage gerichtet hatte. Hübsch wies die Versammlung darüber auf, daß der angegriffene Beschluß der Kölner Arbeitervertreter keine Durchbrechung des Vorkongresses, sondern lediglich eine veränderte Vorkongressdarstellung, getragen von der Absicht, den Vorkongress durch Nichtbeteiligung der Lokale, sondern durch bloße Vorkongressierung des Vorkongresses zu gestalten. Man habe die seinerzeit in Berlin geübte Taktik übernommen. Wenn Legien etwa seine Meinung dazu sagte, so sei das sein gutes Recht. Die Rücksicht auf die Delegierten zum Kongress sei aber bei dem Beschluß, wenn überhaupt, in allerletzter Linie in Betracht gekommen. — Einige Redner erklärten darauf jenen Vorkongressbeschlüssen für durchaus richtig und sachgemäß, während andere, die die Sachgemäßheit ebenfalls anerkannten, es doch bedenklich fanden, daß der Beschluß gerade vor dem Gewerkschaftskongress zustande kam. — Legien bemerkte hinsichtlich der Meißner, daß es nicht so sehr schlecht damit stehe. Die Strafen hätten fast ein sonntägliches Aussehen am 1. Mai. Reumann rühmte die erste Meißner. Wenn es schlechter geworden wäre, dann läge es am Rückwärtsblasen.

Rössel sprach besonders zum internationalen Textilarbeiterkongress. Auch er ist der Meinung, daß man keine Ursache hätte, auf die Engländer zu schelten, weil nichts geschehen sei. Die Deutschen müßten sich ebenfalls mehr um die internationalen Beziehungen kümmern und nicht erst kurz vor dem Kongress, der alle drei Jahre stattfindet. Sonst sehe man wieder über sie hinweg wie diesmal, wo von sieben Referaten nicht eines Deutschland zugefallen sei. — Gemäß einer Anregung des Redners beschloß die Versammlung, daß die internationalen Beziehungen in der nächsten kombinierten Versammlung der Filialen noch einmal gründlicher durchberaten werden sollten. Weitere Beschlüsse wurden zu den Kongressberichten nicht gefaßt. Man erledigte dann noch einige Verbandsangelegenheiten.

Der Verband der Hafenarbeiter (Mitgliedschaft Berlin II für Dreierträger und Dreifachneider) hielt am Sonntag im Königstadt-Kasino eine Generalversammlung ab. Der Kassierer Morawka gab zunächst die Abrechnung für das zweite Quartal. Einschließlich eines Bestandes von 978,51 M. betrug die Einnahme 2580,91 M., die Ausgabe dagegen 1894,72 M., so daß am 13. Juli, dem Tag der Revision, ein Bestand von 745,19 M. verblieb. Die Mitgliederzahl stieg im zweiten Quartal von 451 auf 546. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. — Den Jahresbericht erstattete Morawka ebenfalls. Im Beginn des Geschäftsjahres hatte die Mitgliedschaft Berlin II 867 Mitglieder, so daß nach der letzten Feststellung vom 13. Juli dieses Jahres das Geschäftsjahr einen Zuwachs von 189 Mitgliedern brachte, in der Hauptsache ein Erfolg der Bewegung. — In einem alten Bestand von 1258,68 M. kam eine Einnahme von 5052,09 M. = 6310,77 M. Dem stand eine Gesamtausgabe von 5564,58 M. gegenüber. — Daß der Bestand von 746,19 M. um 512,40 M. zurückbleibt hinter dem Bestand am Schlusse des vorigen Geschäftsjahres, trotz aller gebrachten Opfer, findet seine Erklärung in der verflochtenen Bewegung. Die großen Hoffnungen, mit denen man in die Bewegung eintrat, erfüllten sich nicht. Infolge des Verhaltens eines Teils der Kollegen mußte der Streik ausgedehnt werden. Die Ertragsverhältnisse im Lohnverhältnis sind gleich Null. Die Arbeitszeit von 9 Stunden ist zum größten Teil durchgeföhrt. Es gibt aber immer noch Kollegen, die da glauben, länger als 9 Stunden arbeiten zu müssen. — Die Meißner verlief großartig, aber zeitigte eine Menge Entlassungen und Aussperrungen, wobei besonders die Plätze von Sauerland, Franke Söhne und Schwarz u. Wollmann beteiligt waren. Alle Plätze sind dadurch minderwertig geworden. Redner zieht daraus den Schluß, daß in bezug auf die Meißner in Zukunft eine andre Stellung werde eingenommen werden müssen, um derartige zu verhindern. Im übrigen möge durch kräftige Agitation der Mut zu neuen Taten, der nach dem Ausgang der Bewegung einschleif, wieder entflammt werden.

In den Vorstand gewählt wurden Karnal erster Vorsitzender; Morawka erster Kassierer; Budmann erster Schriftführer; Otto zweiter Vorsitzender; Rube zweiter Kassierer; Riebe zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden Fischer, Walter und Erdmann, als Kontrollreue Schmidt und Peyer gewählt. Nach lebhafter Diskussion wurden vier Mitglieder wegen unsozialistischen Verhaltens zur Zeit der Bewegung auf ein Jahr aus dem Verband ausgeschlossen, während drei andere Mitglieder mit einer Mütze davonkamen.

Nach einem früheren Beschluß wird zur Dedung der Unkosten der Bewegung ein Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche erhoben. Eine Anzahl Mitglieder kommen dem nicht nach. Um ins reine zu kommen, schlägt der Vorstand vor, zu beschließen, daß jedes Mitglied bis zum Jahreschlusse so viel 50 Pfennig-Marken geleistet haben muß, daß einschließend der von ihm geleisteten Extrabeiträge einschließlich der Aussperrung (a 2 M.) 10 M. herauskommen. Die Versammlung nahm diesen Antrag an.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Sicherheit in Marokko.

Tanger, 18. August. (W. T. B.) An der Küste von Tanger wurden zwei Franzosen auf einem Spaziergange etwa zwei Kilometer von der Stadt entfernt von Mitgliedern des Stammes Anjara, die mit Gewehren bewaffnet waren, angegriffen und ihrer ganzen Habe beraubt.

Aus der Partei.

Der „Vorwärts“-Stolz.

Mit dieser Ueberschrift versehen teilt die „Königsberger Volkszeitung“ die telegraphische Meldung unseres Mitarbeiters aus Kristiania über seine Unterredung mit dem norwegischen Minister des Aeußern mit und fügt folgende Bemerkungen an:

Bisher war es eine Eigentümlichkeit der bürgerlichen Obedientenpresse, um Unterredungen mit Ministern oder sonstigen „hochgestellten“ Persönlichkeiten zu betteln und das inhaltleere Geschwätz, das dabei zutage gefördert wird, in marktschreierischer Weise in die Welt hinaus zu telegraphieren. Wir möchten dringend wünschen, daß dergleichen in unserer Parteipresse keinen Eingang findet. Wenn sich der „Vorwärts“ aber gar noch mit dem Lob des Ministers brüsst, so wissen wir wirklich nicht, wodurch sich diese Handlung von ähnlichen Fleckenmägchen der Scherblätter unterscheidet. Nur ein bedenkliches Verfehlen ihrer Aufgabe, ihrer Stellung und ihrer Würde kann die Redaktion unseres Zentralorgans zu einem solchen Schritt veranlaßt haben.

Die Redaktion unseres Königsberger Parteiblattes ist einem Bedauerlichen Mißverständnis zum Opfer gefallen. Es handelt sich gar nicht darum, für den „Vorwärts“ Reklame zu machen, sondern darum, zu zeigen, daß das verständige norwegische Volk auch einen verständigen Minister des Aeußern hat, der die Urteile der sozialdemokratischen Presse objektiv würdigt und sich nicht scheut, das offen auszusprechen. Unser Königsberger Parteiblatt wird sich unterdes auch überzeugen haben, daß auch der Vertreter unseres Kopenhagener Parteiblattes dasselbe Verbrechen begangen hat wie der Vertreter des „Vorwärts“, und daß auch unser Kopenhagener Parteiblatt sich nicht scheut, das mitzutheilen.

Uebrigens kommt diese Kritik mindestens ein Jahr zu spät. Um diese Zeit im vorigen Jahre veröffentlichten wir bereits einen ganzen Artikel, worin eine Regierung ihr Programm offiziell darlegte. Es war das damals eben aus Kuber gelangte Ministerium Watson des australischen Bundes, das wir um diese Darlegung ersucht hatten.

Wir haben darüber so wenig Stolz empfunden oder geäußert, wie über die Bemerkungen des norwegischen Ministers, wir halten es nur für politisch nicht unbeachtlich, was die leitenden Personen eines freien Landes über wichtige Fragen der Politik ihres Landes zu sagen haben, so wie etwa sicher selbst die „Königsberger Volkszeitung“ die Ansichten von Parteiführern über aktuelle Fragen für wichtig genug halten würde, um sie ihren Lesern mitzuteilen. Gegen ein solches Verfahren sind keine begründeten Einwendungen zu machen. Wogegen berechtigte Einwendungen zu erheben sind ist nur das Verfahren gewisser bürgerlicher Blätter, sich in Ministerbüros mit Ansichten befassen zu lassen und diese dann der Welt als ihre eigenen vorzutragen.

Geschäftliche Vorurteilslosigkeit.

Die „Düsseler Zeitung“ veröffentlicht ein angeblich hektographiertes Schreiben, dessen Absender der Genosse Appel in Steintin sein soll und das diesen Wortlaut hat:

Hochachtungsvoller Herr Pastor! Verzeihen gütigst, wenn ich mich heute als Unbekannter an Euer Hochwürden wende und Euer Hochwürden mit nachsichtender Bitte beauftrage in der Hoffnung, nicht zurückgewiesen zu werden. Es handelt sich für mich darum, die Namen der Kinder, welche zu Michaelis in Euer Hochwürden Gemeinde konfirmiert werden, zu erfahren. Vielleicht hat Euer Hochwürden die Güte und läßt mir die Namen durch einen Anaben oder Mädchen aufschreiben und durch beistehendes Kuvert zustellen oder Euer Hochwürden ist so gütig und gibt mir eine Adresse an, durch welche ich die Namen der sämtlichen Konfirmanden in Euer Hochwürden Gemeinde immer erfahren kann. Daß ich die Namen der Konfirmanden erfahre, hat für mich den Zweck, um denselben meine Offerte schicken zu können. Ich habe hier am Platze ein größeres Schuhwarengeschäft, führe reelle, gute Schuhe und Stiefel bei billiger Preisberechnung und möchte die Konfirmanden resp. deren Eltern bei dieser Gelegenheit auf mein Geschäft besonders aufmerksam machen. Indem ich Euer Hochwürden für die große Gefälligkeit im voraus meinen besten Dank sage, gebe ich mich der angenehmen Hoffnung hin, keine Feilbitten getan zu haben und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung Albert Appel.

In unserem Steintiner Parteiblatt haben wir noch keine Angaben in dieser Angelegenheit gefunden. Wenn es richtig ist, daß der Absender unser Parteigenosse Appel ist, so würden wir allerdings in seinem Verfahren einen Grad geschäftlicher Vorurteilslosigkeit sehen, der vielleicht für den Geschäftsmann zur Vetreibung seines Geschäfts, für den sozialdemokratischen Vertrauensmann aber nicht angemessen erscheint. Ein Geschäftsmann, der solcher geschäftlicher Methoden zu bedürfen glaubt, sollte darauf verzichten, im Parteileben in den Vordergrund zu treten.

Zum Parteitage.

Zum Parteitage haben in den letzten Tagen wieder verschiedene Parteiverfassungen Stellung genommen. Hauptsächlich bildete das Organisationsstatut den Gegenstand der Verhandlungen. Daneben wurde auch über den Generalstreik und die Tagesordnung verhandelt. In der Generalversammlung des Wahlkreises Frankfurt-Leban wurde der Wunsch nach Behandlung der welpolitischen Vorgänge auf dem Parteitage sowie der Wunsch nach Bestellung eines Korreferenten aus den Reihen der Gewerkschaften bei Behandlung des Generalstreiks ausgesprochen, ohne daß hierzu Beschlüsse gefaßt wurden.

In der Generalversammlung des Wahlkreises Guben wurden Abänderungsanträge zum Statut beschlossen, wonach nur der Vorstand der Reichstagsfraktion und nur ein Mitglied der Kontrollkommission zum Parteitage zugelassen sind.

In Frankfurt a. M. beschloß die Versammlung, die Verhandlung der äußeren Politik durch den Parteitag zu beantragen und der Fraktion den Auftrag zur Einbringung eines Gesetzentwurfes auf Einführung einer geschäftlichen Arbeitszeit und Einschränkung der Sonntagsarbeit für Handelsbüros, Transport- und

Verkehrsarbeiter zu erteilen. Ueber das Organisationsstatut soll eine spätere Verammlung beraten.

Im sozialdemokratischen Verein in Eiberfeld wurde beschlossen, daß nur der Vorstand der Reichstagsfraktion zum Parteitage zugelassen sei. Dann wurden zu den §§ 22—25 die bremischen Beschlüsse akzeptiert und schließlich noch folgende Anträge beschlossen:

1. Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, in Fragen, die in politischen und gewerkschaftlichen Verhältnissen beruhen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften zusammen zu arbeiten.

2. Der Parteitag erkennt an, daß der politische Massenstreik in Ländern mit derart hochentwickelter Industrie, wo die Produktion vornehmlich in der Großindustrie beruht, in gemeinschaftlicher Aktion der Partei und Gewerkschaften unter bestimmten Verhältnissen als Angriff- oder Abwehrkampfsmittel mit Erfolg angewendet werden kann.

In Anbetracht des Umstandes, daß erst bei bestimmt eintretenden Maßnahmen die Möglichkeit vorliegt, zu beurteilen, ob diese geeignet sind, derartige Anregung auf die Massen auszuüben, daß ein Erfolg angenommen werden muß, wird die Festlegung für bestimmte Fälle dieses Kampfmittels abgelehnt.

Die Diskussion über die Massenstreiks erachtet der Parteitag für geboten und zwar schon deshalb, weil durch dieselbe die Massen mit der eventuellen Anwendung dieses Kampfmittels vertraut werden und im gegebenen Augenblick der Erfolg um so sicherer erscheint.

Der sozialdemokratische Verein in Darmen stimmte dem Entwurfe zum Statut ohne Abänderungen zu.

Im sozialdemokratischen Verein in Garmburg wurde folgende Resolution angenommen:

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Garmburg und Umgebung begrüßt es freudig, daß der politische Massenstreik auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages in Jena gesetzt ist. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß das kämpfende Proletariat die Pflicht hat, alle Mittel und Wege, die zu seiner Befreiung führen können, zu prüfen und sie in gegebenen Situationen zu verwerten.

Die Organisation der Stadt Offenbach a. M. hat beschlossen:

Der Parteivorstand soll die Jugendorganisation fördern und eine Monatszeitung für Jugendliche herausgeben; der im Organisationsentwurf vorgesehene direkte Verkehr des Parteivorstandes (Berichte, Geldabführung) soll dort, wo Bezirks- bzw. Landesorganisationen bestehen, weggelassen und durch Vermittlung der Leitungen dieser Organisationen geführt werden; nicht 25 Proz., sondern bloß 20 Proz. der Kreis-einnahmen sollen in die Parteikasse fließen; ferner: die Vorlage will bei Ausschlußanträgen den Ausschluß in Kraft treten lassen, falls der Parteigenosse auf die schiedsgerichtliche Verhandlung verzichtet oder keine Schiedsrichter ernannt. Hierzu wird beantragt: der Betreffende gilt als ausgeschlossen, wenn die Parteiverammlung den Ausschluß beschlossen hat. Endlich: Wiederaufnahmen sollen nur dann vor dem Parteitag kommen, wenn gegen die Wiederaufnahme Protest erhoben wird.

Der Jugendorganisations-Beschluß wurde mit knapper Mehrheit gefaßt, die übrigen mit großer Mehrheit. Offenbach ist einer der wenigen Orte, wo eine Jugendorganisation besteht, aber auch hier erstreckt sie sich nur über einen winzigen Kreis Personen.

Durch Abstimmung wurde zum erstenmal die Delegiertenwahl zum Parteitag in der Kreisorganisation Offenbach-Dieburg vollzogen. Es bestanden 38 Ortsvereine verschiedener Größe mit zusammen rund 4000 Mitgliedern. Die Abstimmung erfolgte geheim in geschlossenen Mitglieder-Versammlungen, für deren Anberaumung acht Tage Spielraum gelassen war. Vorher hatten die Ortsvereine Kandidaten vorgeschlagen, sieben Vorschläge wurden gemacht. Einfache Majorität war festgesetzt, um Stichwahlen auszuschließen, von denen man unangenehme Begleitererscheinungen in der Agitation für bestimmte Personen befürchtete, auch erschien die rasche Wiederholung der Wahl bei der großen Zahl der Ortsvereine als zu unbequem. 9 Ortsvereine, darunter zwei recht rührige, haben das Wahlergebnis nicht rechtzeitig eingekandt, in den verbleibenden 29 Ortsvereinen machten 1510 Mitglieder — rund 38 Prozent der Gesamtzahl aller organisierten Genossen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Gewählt wurden Ulrich-Offenbach mit 1405, Ritz-Uberach mit 741 Stimmen, also Ritz nur mit einfacher Mehrheit. Der dritte Kandidat erhielt 462, der vierte 128 Stimmen, die anderen drei 84 bis 74; 11 Stimmen zerstückelten und waren ungültig. Voraussetzlich hätte die bisher übliche Wahl durch die Kreisabstimmungen dasselbe Resultat ergeben, die direkte Wahl bewirkte aber eine Steigerung des Besuches der Versammlung, in denen die Wahlen vollzogen wurde. Man wird also an der neuen Einrichtung festhalten, von der man sich für die Zukunft noch günstigere Wirkungen verspricht.

Aus der Redaktion der „Westenburgerischen Volkszeitung“ tritt am 1. Oktober der Genosse Henck aus, da er das Amt eines Arbeitersekretärs für Westenburg übernimmt.

Aus Industrie und Handel.

Schweinemangel und Schweinepreise.

Für achtzehn deutsche Großstädte, für die an bestimmten Markttagen der Jahre 1904 und 1905 die Zufuhr von Schweinen auf den Viehmärkten vergleichbar festgestellt werden konnte, ergibt sich von Mitte Juli bis Mitte August eine so erhebliche Abnahme des Auftriebes, daß dadurch der Rang an Schweinen schlagend bewiesen wird. In den fünf Markttagen, die auf den 19. und 20. Juli sowie auf den 2., 9. und 16. August fallen, wurden an sämtlichen Märkten insgesamt 161 572 Schweine zugeführt gegen 217 693 an den entsprechenden Markttagen des Vorjahres. Obwohl die Bevölkerung zugenommen hat und der Fleischbedarf infolge der günstigeren Einkommensverhältnisse in diesem Jahre gewachsen ist, ging das Angebot gerade in den Schlachtstätten, die für die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung am meisten in Frage kommen, auffallend zurück. Schon ein gleiches Angebot wie im Vorjahre würde zu einem Fleischmangel führen müssen; wie viel

mehr muß ein solcher bei einem starken absoluten Rückgang des Auftriebes eintreten. An den einzelnen Markttagen gestaltete sich die Zufuhr wie folgt: Es wurden Schweine aufgetrieben (das Datum in Klammern gibt den Markttag für 1904 an):

Table with 4 columns: Year, Date, 1904, 1905, Im Jahre 1905 weniger. Rows for 19. (20.) Juli, 20. (27.) Juli, 2. (3.) August, 9. (10.) August, 16. (17.) August.

Eine Steigerung des Auftriebes zeigen nur wenige Städte und zwar Chemnitz, Leipzig und Magdeburg. In den fünf Markttagen 1905 wurden zugeführt in: Chemnitz 7852 Schweine gegen 6596 im Vorjahr; Leipzig 6938 gegen 6307 und Magdeburg 3807 gegen 3645. Dabei entfällt das Mehr gegenüber dem Vorjahre hauptsächlich auf die Markttag im Juli, so daß also auch in diesen Städten im August das Angebot sich ungünstiger stellte. Die schärfsten Abnahmen gegenüber dem Vorjahr weisen Berlin, Breslau, Hamburg, Dortmund, Essen und München auf. Für diese Plätze ergeben sich für die fünf Markttag folgende Antriebsziffern:

Table with 3 columns: City, 1904, 1905. Rows for Berlin, Breslau, Hamburg, Dortmund, Essen, München.

Die anderen neun Städte zeigen zwar auch ausschließlich geringere Antriebsziffern als 1904, doch ist der Rückgang im einzelnen Fall nicht so erheblich. Zusammen wurden in diesen neun Städten, nämlich in Dresden, Hannover, Eiberfeld, Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M., Mannheim, Stuttgart und Nürnberg, an den fünf Markttagen des laufenden Jahres 80 213 Stück Schweine aufgetrieben gegen 69 643 im Vorjahre. Diese Verschiebung von Angebot und Nachfrage hat die Preise seit dem Vorjahr durchschnittlich um weit mehr als 30 Proz. in die Höhe getrieben. Die niedrigsten Preise im Vorjahr hatte Magdeburg. In diesem Jahre sind die Magdeburger Notierungen unter den 18 Städten ebenfalls noch die niedrigsten. Es betrug nämlich der Preis pro 50 Kilogramm Lebendgewicht (mit Tara) in Mark am 19. resp. 20. Juli 2. resp. 3. August 16. resp. 17. August 1904 . . . 41—51 42—54 42—54 1905 . . . 54—67 56—68 58—71

Die höchsten Notierungen hatte im Vorjahre Mannheim. Auch dieses Jahr zeigt Mannheim mit die höchsten Preise. Es betrug hier der Preis pro 50 Kilogramm Lebendgewicht (mit Tara): 19. resp. 20. Juli 2. resp. 3. August 16. resp. 17. August 1904 . . . 55—60 59—60 58—60 1905 . . . 68—70 72—74 72—74

Die Höchstpreise gehen aber in einzelnen Städten noch über das Niveau in Mannheim hinaus: bis auf 78 M. in Breslau und Chemnitz, bis 78 M. in Dresden und München.

Eine neue innere Anleihe der russischen Regierung. Da die Zarenregierung sich gezwungen sieht, neue Geldmittel heranzuschaffen, die französischen und deutschen Bankanstalten, welche die früheren russischen Anleihen untergebracht haben, sich aber weigern, unter den jetzigen Verhältnissen eine neue Anleihe zu übernehmen, so versucht es die russische Regierung zunächst mit einer Art innerer Zwangsanleihe. Wie aus Petersburg gemeldet wird, ermächtigt ein Ulaß des Zaren den Finanzminister zur Ausgabe einer neuen, mit 5 Proz. verzinslichen Anleihe von 200 Millionen Rubel. Die Anleihe soll für immer von der Kapitalsteuer befreit sein. Die Tilgung der neuen Anleihe soll zum Nominalbetrage innerhalb 48 Jahren derart erfolgen, daß jährlich 0,53 Proz. des gesamten Nominalbetrages der Anleihe zuzüglich 5 Proz. des Betrages aller bereits amortisierten Obligationen zurückgezogen werden. Die Auslosungen finden im November, und zwar zum erstenmal im November 1906, statt. Die gezogenen Obligationen sind vom 14. März des nächsten Jahres ab zahlbar. Die Vermehrung der Auslosung und der jährlichen Zurückziehung sowie Rücklauf und Konversion sind bis zum 14. März 1917 abgeschlossen.

Die Ausgabe der Anleihe wird durch Vermittlung der Russischen Reichsbank, der Kommerzbank, der Wolga-Kama-Bank, der Petersburger Internationalen Bank, der Petersburger Diskontobank, der Russischen Bank für auswärtigen Handel, der Kommerzbank in Moskau und der Russisch-Chinesischen Bank erfolgen. Sicherlich versagte manche dieser Banken gerne den von ihr begehrten Dienst; aber sie ist, wenn nicht direkt, so doch indirekt gezwungen, bei der Ausgabe mitzuwirken.

Die Ausnutzung der Niagara-Wasserkraft für industrielle Zwecke schreitet stetig fort, so sehr auch die Beeinträchtigung dieses Naturwunders von vielen Seiten beklagt wird. Auf der amerikanischen Seite befinden sich gegenwärtig drei Kraftanlagen, die zusammen 100 000 Pferdekraft erzeugen. Auf der kanadischen Seite bringen drei Anlagen 285 000 Pferdekraft hervor; dazu kommen zwei Anlagen am Welland-Kanal mit 20 000, so daß insgesamt 400 000 Pferdekraft dieser großen Kraftquelle entnommen werden. Damit ist man jedoch noch nicht zufrieden. Die Leistung der kanadischen Anlagen soll um 120 000 Pferdekraft gesteigert werden, und ebenso sollen die Anlagen am Welland-Kanal in Zukunft das Doppelte leisten, so daß nach Ausführung dieser Pläne die Gesamtkraft 600 000 Pferdekraft betragen wird. Ein Drittel davon soll über weite Entfernungen geleitet und anderswo dienstbar gemacht werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 20. August, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerlaube des Rathauses, Eingang Königstr. 13—15: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Halle, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Herrn C. Vogt: „Kleine Freireligiöse Befreiung des Christentums“. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. 3. Sitzung des Ausschusses am Sonntagabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Kaiser, Reichensbergerstr. 157.

Teures Fleisch — billige Seefische! Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Täglich Sendungen lebendfrischer, ständig unter Eis gehaltener Seefische in eigenen Kühlwaggons. Großer Schellfisch, Cabliau, Seelachs, Bratflundern, Seefische.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen. Seefisch-Kochbücher gratis. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10. Zentral-Fernsprecher: Amt III, 3804. Verkaufsniederlagen: Prinzenstraße 30, Madalstraße 22, Landsbergerstraße 52-53.

Seefische — Volksnahrung! Besonders empfehlenswert und auf das schmackhafteste zubereitet, aus eigener Mariner-Anstalt: Fisch-Kotelettes, Bratschellfische, Goldbarsch in Aspik.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 19. August.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues königl. Operntheater.
Die Bohème.

Anfang 8 Uhr:
Vestling, Ego.
Kleines. Angele. — Abschied vom Regiment.

Neues. Ein Sommernachtstraum.
Zentral. Die Geisha.
Schiller O. (Wagner-Theater).
Der Freischütz.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmshausisches Theater).
Geflohen.
Eustspielhaus. Der Herr Substitut.
Der dankbare Julien.

Thalia. Amor in New York.
Veldens. Eine Hochzeitnacht.
Carl Weiss. Im Hause der Sünde.
Welle-Milane. Ben Ali Ben.
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Singel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.

Metropol. Die Herren von Maxim.
Trianon. Die Rotbrüde.
Serrusfeld. Die Wegerhain.
Berliner Prater-Theater. Dorn's Weib.

Passage. Madame du Dion.
Fernande Robertine. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Hronia. Taudenstraße 18/19.
Die deutsche Nordseeküste.

Tauaklidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.

Sonntag, Montag:
Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Angele.

Vorher: Abschied vom Regiment.
Sonntag: Salomo
Montag: Angele. — Abschied vom Regiment.

Neues kgl. Opern-Theater.

Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr.
Die Bohème.
Oper in 4 Akten von G. Puccini.
Sonntag: Der Zigeunerbaron.
Montag: Gastsp. Anny Hindermann: La Traviata.

Lustspielhaus.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Herr Substitut.
Der dankbare Julien.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Zum 100. Male:
Eine Hochzeitnacht.

Schwank in 3 Akten von Henri Kéroul und Albert Barré.
Sonntag und folgende Tage: Eine Hochzeitnacht. Anf. 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Die Sensation Berlins ist:
10 Uhr:
Ein Abend in einem amerikanischen Singel-Tempel, angeführt von der berühmten amerikanischen Barlesk-Kompagnie.
Dazu Hochzeitsabend p. Linoko und die August-Spezialitäten.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Heute:
Gr. Ernte-Dank-Fest.

Reizung. — Bauernkomödie.
Gaulter-Vorstellung. — Fanzelzug.
Fest-Ball.

Sabel und Trübel auf der Dorfweide.
Allerlei Belustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Sommerarten haben Vorrang.

Urania

Taudenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Neu! Minister Witte, Baron Komura, die japanisch-russischen Friedensunterhändler. Präsident Roosevelt!!

ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute 5 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.

Gastspiel der Kapelle des Leib-Grenadier-Regiments No. 8 (1. Brandenburg.) König Friedrich Wilhelm III. aus Frankfurt a. O. Kgl. Musikdir. Willibald Ledeb.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die Nötbrücke.

Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Bender x Giampietro
Massary x Frid Frid.
Zum 286. Male:
Die Herren von Maxim.

Große Anstattungsposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr.
nachm. Sonnt. 3. Wochent. 5 Uhr.
Madame du Dion!

Fernande Robertine
in dem Minodrama „Die Hand“.
14 sensationelle Nummern.
Neu eingeführt: Numerierte Plätze.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Im Hause der Sünde.

Im Sommergarten neues August-Programm. Theater und Konzert.
Anfang 5 Uhr. 4. Tag abends 10 Uhr: Ringkampf-Match-Konkurrenz.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Sommerfest der Wagenbauer (Beginn X).

Konzert, Theater, Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Voll. Rastelzüge 3-6 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Die Sensation Berlins.
Todesfahrt im Höllenkessel u. d. Radfahr-Comp. Bros. Racing.
Großer Extra-Tanz!
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Speck 50 Pf.

Deutsch-Amerikan. Theater.

Sonnabend, d. 2. Sept., abds. 8 Uhr:
Wieder-Eröffnung!
Gastspiel Adolf Philipp
PREMIERE
Aber Herr Herzog!

Beste Bilder mit Gesang aus dem Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akten von Ad. Philipp.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 36 erstklassigen intrn. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Mormir-Oper. Letzte Operwoche.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Popul. Opernspiel bei halb. Preisen.
Der Freischütz.
Romantische Oper in vier Akten von Carl Maria v. Weber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Undine.
Montag, abends 8 Uhr
Vorletzte Vorstellung.
Popul. Opernspiel bei halb. Preisen.
Gastspiel Hans Pokorny.
Die verkaufte Braut.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Sonnabend: Geflohen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel der Mormir-Oper u. letztes Gastspiel Heinrich Büdel.
Martha oder der Markt zu Richmond.
Romantische Oper von F. v. Flotow.

Im Garten täglich:
Großes Militär-Konzert.

Neue Freie Volksbühne.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.).
Heute Sonnabend, den 19. August, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.

Romantische Oper von Carl Maria v. Weber.
Eintrittskarten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1,10 Mk. (Barfakt-Kauf, 1. Barfakt und Logenplätze) sind bei den Ordnern im Theater zu haben. 150/12
Der Vorstand. F. K.: Heinrich Nest, Bremerstr. 59 u. II.

Neue Welt

Hasenheide 108/114 Arnold Scholz.
Sonntag, den 20. August 1905:
Großes bayrisches Volksfest

(Festfest nach Münchener Art).

Doppel-Konzert

der bayrischen Bauernkapelle (Dir. Baron Huckl) und der 40 Mann starken Hauskapelle (Dir. Berthold Bothe).
Um 12 Uhr vormittags:
am Riesen-Brat-Apparat „Fuculus“

Braten von 3 Schweinen

Die Speisen hiervon werden sofort serviert.
Entree 25 Pf. Entree 25 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Fernsprecher IV. 8891. Max Klem.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
Som 16.-31. August:
Eb (schön) Täglich Eb Regen!
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert und Vorstellung.
Vollständig neues Programm, das größte und beste Berlin.
40 Sensations-Nummern.
Entree Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

Bernhard Rose-Theater

Geländebrennen, Badstraße 58.
Heute: Sommerfest.
Wochen:
Die Regimentslochter.

Außerdem: William Dieck.
Höllenfahrt u. Todesprung durch den Garten.
Anf. 4 Uhr. Im Saale: Gr. Ball.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Stat. der Hochbahn.
Direkt: Wilhelm Kalmer.
Heute Sonnabend:
Großer Extra-Abend.
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Er ist nicht eifersüchtig.
Das Versprechen hinterm Herd. — Spezialitäten 1. Rang.
Tanzkränzchen.

Gebürder Herrnfeld-Theater.

Zum 118. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld in der Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Vor der Vorstellung und während der Pausen:
Promenaden-Konzert im Garten.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Heute:
Dorn's Resi.

Lebensbild in 3 Akten.
Neue Dekorationen und Kostüme.
The Kieffers Pantomime.
Mizzi u. Géza Varadi-Duett.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

WINTERGARTEN

Heute
Premiere.

Paul Schwarz' Sommer-Theater

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: Konzert.
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. August-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Säger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Reichshallen-Restaurant.
Täglich: Gr. Militär-Konzert.
Bei schönem Wetter im Garten.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Säger.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater

Münzstr. 16.
Neu! Mit Salamanda, Neu!
die berühmte Feuerkünstlerin, zum erstenmal in Berlin.
Mr. Daimond, sibirischer Hauderfänger.
Mae-Mae-Mai????

Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Wochentags: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

H. & P. Uder

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3313L*
Amt 4, 3014.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Nathan Wand

129 Staligerstr. 129.
Die schönsten 4014L*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu (samie speziel) Monats-Garderobe von Kavallieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziel Bauanläge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Staligerstr. 129.
Hochkultivation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Gelegenheits-Partie

Gardinen
abgepaßte Fenster, weiß und crème
Shawllänge pro M. 250
3 Mtr. Fabr. M. 935
Shawllänge pro M. 335
3,20 Mtr. Fabr. M. 585
Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Fstr. M. 185
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. 600
Gestickte echte Spachtel-Stores M. 485
Goldfarb. reichgestickte Hand-Stores M. 285
Tüllbettdecken 180/220 cm M. 685
Reichgest. Erbsentüllbetdecken M. 685

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158
Nach auswärtig per Nachnahme
Gardinen-Katal. m. ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

Wilh. Burg

Lindenstr. 3,
2. Hof parterre, empfiehlt sein 3020L*
Restaurant
Großes Vereinszimmer (bis 120 Personen) für Bekleidungs-Veranstaltungen und Vereine. Verzügliche Speisen und Getränke.

Zigarren!

Billigste Bezugsquelle für Händler:
ab Mk. 18.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I. bei Einrichtungen.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für torpente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavallieren und Reizenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 38962*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

H. & P. Uder

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3313L*
Amt 4, 3014.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Tor. Schneidermeister. 4016L*

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen Berlins zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 17. August, der Genosse

Johann Pfarr

plötzlich gestorben ist.

Die Berliner Parteigenossen verlieren im Genossen Pfarr einen überzeugungstreuen Kämpfer, der in jeder Situation, in der sich die Partei befand, unentwegt für die hohen Ideale des Sozialismus sein Bestes gab. In der schweren Zeit des Sozialistengesetzes war es Johann Pfarr, der allen Verfolgungen zum Trotz die rote Fahne vorantrug. Lange Jahre dem Vertrauensmannskörper angehörend, diente er mit seinem Rat unserer Sache und war auf dem Gebiete der Organisation und Agitation unermüdet. Die Berliner Parteigenossen werden seiner ehrend gedenken.

Die

Vertrauenspersonen Berlins u. Umgegend.

Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 4 Uhr von der Leichenhalle der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.

Gustav Eckenberg

zu seinem 30. Geburtstag ein dreimaliges „Heil auf“ 1 Genüßmittel von seinen Kameraden genossen aus dem „Kb.-Verein Sechener.“ 8025

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin. Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Max Haßmann

(beschäftigt bei Tippelbrosch) am Sonntag, den 13. August, im Krankenhaus am Urban verstorben ist. 157/6

Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Maurer — Zimmerer!

Reichentum. Theoretische Ausbildung u. Prakt. vsp. Unternehmer. Redundan täglich. 8036

C. Karras, Baumeister. NW. Deusselstr. 71 II.

Eine Mark

möchtent. Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden

Bestellung n. Maß, tabellose Herstellung in eigener Werkstatt. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung.

Keln Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg,

An d. Jannowitzbrücke 1, I. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Vilot-Zackten. Große Hüften umfaßt. Die Hölse

bei Übernahme von 6 Stück 26 Mk. 4 Mk. 50

Wandhose-Duette Marke Gambrinus, Buntstoffe ... 5 Mk. 50

Gefütterte Wandhose-Duette 14,50 8,75

Schilblane Monteur-Duette 1 Mk. 60

Schilblane Monteur-Duette 1 Mk. 50

Prima Röper-Gewebe ... 2 Mk. 50

Schilblane Monteur-Duette ... 2 Mk. 10

Weiche Reifer-Duette 3,50, 2 Mk. 75

Renditor-Banden, Krebzig ... 4 Mk. 50

Reifer-Rittel ... 3, 2,50, 2 Mk. 25

Reifer-Rittel (braun) 3, 2, 40

Weiche Leder-Duette, Krebzig ... 7,50, 3 Mk. 75

Reife Lederhosen ... 4,50, 2 Mk. 00

Reife Lederhosen, Krebzig, blau, nach Vorwahl ... 5 Mk. 50

Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Schaafstr. 24/25. Gräfstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 26. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Westen und Kitteln die Brustweite anzugeben. 89152

— Versand von 20 Mk. an franco. —

Nachdruck verboten!

Samstag, den 20. August:

Dampfer-Extrafahrt nach Neue Mühle.

Abfahrt in Berlin 9 1/2 Uhr vormittags an der Etrolauerbrücke. Götze, Wolfenbrück, 9 1/2 Uhr Café Ufen. Rückfahrt 7 Uhr abends. Fahrpreis: Hin- und Rückfahrt 1 Mark. Kinder die Hälfte. L. Kahnt.

Monte Sonnabend, 19. August, abends 9 u. 9 1/2 Uhr:

Große Mondscheinfahrt mit Musik

mit 2 Dampfern von der Dampferstation Michaelstraße I nach Müggelwerder. Fahrpreis 50 Pfennig, hin und zurück. Tanz frei.

Raucht Vineta No. 8

beste 2 Pf.-Zigarette!

3861L*

Dresdener Casino.

Empfehle den geehrten Besuchen und Redaktionen, wie zu Versammlungen meine herrlichen, circa 500 Personen fassenden Räume. Sonnabend noch frei. A. Muxfeldt. Amt IV 8669.

Für Dampfer-Kassagen empfehle mein herrliches „Segetriebel-Schweizer.“

Kolonie Schweizerial.

Vakanzion Röntgenal (Stettiner Bahn) sind vorteilhaft gelegene Landparzellen, besonders für Gärtner geeignet, pro [] an 10 Mk. an zu verkaufen. Auskunft erteilt unser Vertreter Ernst Bartsch, Röntgenal, Kaiser Friedrichstr. I. 22414 Friedländer & Co., Bankgesch., Alexanderstr. 71 (am Alexanderplatz).

Für Vereine!

Sonnabende im Oktober und November, auch Totensonntag, noch frei. 30942

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister, Große Frankfurter Str. 37, II. Eingang Straußberger Platz.

Augen auf!

Wir empfehlen: 1 Posten getragene Herren-Paletots 1 Posten getragene Herren-Anzüge 1 Posten getragene Herren-Hosen 1 Posten getragene Oubécke u. Rockanzüge von den feinsten Herrenstoffen und Kavalieren. Nur kurze Zeit getragene Monatsachen spottbillig.

Zugleich machen wir auf unsere Abteilung NEUER Garderobe aufmerksam.

J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben

Hauptgeschäft: Chausseestr. 50 a. 2. Geschäft: Princesstr. 17, a. 4. Wasserhorst. 3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, a. 4. Angerstr.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin I.

Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II.

Rollstutcher, Bodenarbeiter, Begleiter und Stallente aus allen Expeditionsbetrieben Berlins.

Sonntag, den 20. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Lohnkommission über die mit den Unternehmern stattgefundenen Verhandlungen betreffend Einführung eines einheitlichen Lohnsatzes. 2. Diskussion und Beschlußfassung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Geschäftliches.

Da diese Versammlung für alle in oben genannter Branche tätigen Kollegen von weitgehender Bedeutung ist, muß ein jeder einzelne unbedingt erscheinen. Die Lohnkommission.

Achtung! Weitergerüstbauer aus allen Betrieben Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 20. August, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Köpenickerstr. 3 (großer Saal):

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Fräulein Ida Altman über: „Bereinerung oder Vereinerung — was bringt den Deutschen vorwärts?“ 2. Diskussion. 3. Bericht der Schlichtungskommission über den Streit bei H. Gutsche-Reidenau. 4. Verschiedenes. Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Sektionsleitung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brau.)

Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Linienstr. 19, I.

Sonntag, den 20. August 1905, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Vereinsversammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15 (Saal 1).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Maurer über: Maxim Gorli.
2. Abrechnung vom zweiten Quartal 1905.
3. Abrechnung vom Sommerfest.
4. Vereinsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)

Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:

Fortsetzung der Generalversammlung vom 16. Juli.

Tages-Ordnung: 1. Diskussion. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Wie stellt sich die Zahlstelle Berlin zu dem Flugblatt betr. Bruch des Bierbofotts in Köln. 139/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3853.

Den Spandauer Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß die Bezirks-Versammlung nicht am Sonnabend, den 19. August, sondern am Donnerstag, den 31. August, stattfindet. 121/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer!

Achtung! Die Kollegen werden hiermit aufgefordert, nur den paritätischen Nacharbeitsnachweis, Gormannstr. 13, zu benutzen und alle anderen Arbeitsnachweise zu meiden. Gleichzeitig mache ich die Kollegen auf den Beschluß der Ortsverwaltung aufmerksam, welcher lautet: Diejenigen Kollegen, welche sich von unseren früheren Arbeitsnachweisen Stellen vermitteln lassen, gehen ihrer Rechte auf Unterführung verlustig.

Die Kollegen Ernst Spiska und Paul Vier werden aufgefordert, die noch restierenden Dampferbillets abzurechnen. 90/16 Der Obmann.

Kleber!

Vom Montag, den 22. August, tritt für die nächsten 14 Tage die rote Marke in Kraft und muß sich dieselbe im 5. Felde der Karte befinden. Jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber muß im Besitze der so bezeichneten Kontrollkarte sein. Die Ausgabe der Marken erfolgt Sonntag, den 20. August, von 9-12 vormittags in folgenden Lokalen: Krüger, Lybenerstr. 8, Pade, Kunselerstr. 6, Stefan, Wienerstr. 31, Pantow, Perlebergerstr. 31, Ricker, Steinmeyerstr. 35; ferner Sonnabend und Sonntag bei Mecker, Bergstraße 10, Raif, Charlottenburg, Goethestr. 28/29, sowie wochentags von 7-9 vormittags im Arbeitsnachweis, Räderstr. 9.

Die Verbandleitung der Tapezierer, Engel-Ufer 15, Zimmer 35. — Tel.: IV, 9720.

Wo? machen wir des Sonntags hin? Nach Pichelswerder zum alten Freund! Größter Tanzsaal!

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131. Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte. Lager in Schirmen und Mützen. 13342

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Donnerstagabend unser langjähriger Kampfgenosse

Johann Pfarr

plötzlich verstorben ist.

In Genossen Pfarr verliert unser Wahlkreis einen Mann, der stets kampfes- und opferbereit auf der Schanze stand. Als einer der ältesten Genossen unseres Kreises war Pfarr schon seit 1874 gewerkschaftlich und politisch tätig. In der schwersten Zeit, die unsere Partei durchlebte, während des Sozialistengesetzes, stand Pfarr in den vordersten Reihen der Kämpfer, seine Gefahr scheuend; auch später, nach dem Fall des Schandgesetzes, bis in die neueste Zeit wirkte Pfarr ununterbrochen für unsere Sache, er ging ganz in der Partei auf. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Vorstand

und die Vertrauenspersonen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 4 Uhr von der Leichenhalle der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Süd-Ost).

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Maurer

Wilhelm Wessel

Eisenbahnstr. 19 (Stadtdistrikt 103) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags um 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Verbandsleitung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Am Montag verstarb unser Mitglied

Wilhelm Wessel

im Alter von vierzig Jahren an Magenleiden. 147/15

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Verbandsleitung.

Stukkateure.

Am 16. d. M. nachmittags 4 Uhr, verschied nach langem Leiden unser Kollege

Robert Kowalski

im 71. Lebensjahre. Er nahm als ältestes Mitglied der Organisation bis ins hohe Alter regen Anteil an dem Fortschritt der gesamten Arbeiterbewegung; daß, soweit es seine Kräfte erlaubten, dieselbe fördern und unterstützen und kann daher allen Kollegen als ein pflichtbewusster, angestrebter Arbeiter zum Vorbild dienen.

Wir werden ihm ein bleibendes Andenken bewahren!

Die Bestattungsfahrt mit Gesang und Grabrede findet durch die Organisation am Sonntag, den 20. August, vormittags 10 Uhr, auf dem Begräbnisplatz der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee 16/17, statt.

Eine zahlreiche Teilnahme zur letzten Ehre unseres Veteranen wird erwartet.

Die Beerdigung des Kollegen

A. Mathias

findet gleichfalls am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Leichenhaus, Hannoverstraße, 6 aus nach dem Heilands-Friedhof in der Jungfernheide am Pflügensee statt. 180/15

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.

Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk Pankow.

Todes-Anzeige. Am 15. d. Mts. verstarb nach schwerem Leiden durch Unfall unser langjähriges Mitglied, der Weber

Emil Müller.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle der neuen Panlamer Kirchhof in Schönhausen aus statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich an dem letzten Geleit zu beteiligen.

Der Bezirkskassierer H. Labö, Gottschalkstr. 20.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriger treuer Mitglied

Johann Pfarr

am Donnerstag, den 17. August, plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. August, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes in der Pappel-Allee aus statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung bitten

Die örtliche Verwaltung, K. K.: H. Neumann.

August Wolter.

Am Donnerstag früh 1 1/2 Uhr erkrankte lang nach kurzem schweren Leiden im 41. Lebensjahre mein lieber guter Mann, Schwager, Bruder und Onkel, der Stukkateur

August Wolter.

Um stille Teilnahme bitte ich im Namen der übrigen Familienmitglieder

Pauline Wolter geb. Stegmann.

Beerdigung Sonntag, 20. Aug., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Kuffen-Kirchhofes, Bergmannstraße, aus.

Albertine Schulz.

Die Beerdigung findet am 20. August, nachmittags 2 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof statt. 40152

Robert Schulz.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Haut- und Halsleiden. Spezialarzt für 21/10* 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste **Schuhwaren-Fabriken** BURG b. Mgdgb.

Der zielbewußten Fabrikations-Methode

unserer Werke entsprechend, erreichen unsere bekannten billigen Preislagen den höchsten Grad der Solidität u. bequemen Paßform, womit der Weltruf unserer Firma begründet ist. * * * * *

Unsere Spezial-Preislagen:

Herren-Zugstiefel, kräftiges Wichsleder M. 5,50	4 50 M.	Damen-Knopf- u. Schnürstiefel tadelloses Wichsleder, solide Ausführung	5 00 M.
Herren-Schnallenstiefel dauerhafte Qualität, bequem und praktisch	5 90 M.	Damen-Knopf- u. Schnürstiefel Boxhorse- oder Chromleder, elegante Façons	6 75 M.
Herren-Schnürstiefel extra starke Straßenstiefel M. 7,20	6 50 M.	Mädchen- und Knaben-Schnürstiefel, kerniges Wichsleder, M. 4,20 bis	2 60 M.
Herren-Schnür- und Schnallenstiefel, In Boxhorse, anerkant preiswert	8 50 M.	Mädchen- u. Knaben-Knopf- u. Schnürstiefel aus kräft. Rollleder, M. 4,50 bis	3 20 M.
Damen-Haus-Schuhe, fein rot und schwarz Leder, leicht und angenehm	2 90 M.	Kinder-Knopf- u. Schnürstiefel, echt Ziegenleder, rot, braun und schwarz	1 90 M.
Damen-Spangenschuhe, prima Rollleder, sehr haltbar, M. 3,90	3 20 M.	Kinder-Spangenschuhe, fein schwarz Leder, sehr beliebt	1 40 M.

Pantoffel in reichhaltigster Auswahl.



Arbeits-Schuhe und -Stiefel

in bewährten strapazierfesten Qualitäten.

84 eigene Geschäfte!

Jährliche Fertigstellung weit über eine Million Paar.

Verkaufshäuser in Berlin und Umgegend:

- | | |
|-------------------------------|--------------------------------|
| C., Rosenthalerstraße 14. | NW., Turmstraße 41. |
| C., Spittelmarkt 15. | NW., Wilsnackerstraße 22. |
| W., Potsdamerstraße 50. | O., Andreasstraße 50. |
| W., Schillstraße 16. | O., Gr. Frankfurterstraße 139. |
| S., Oranienstraße 65. | N., Danzigerstraße 1. |
| SW., Friedrichstraße 240-241. | N., Müllerstraße 3. |
| NW., Beusselstraße 29. | N., Reinickendorferstraße 14. |
- Charlottenburg:** Wilmersdorferstraße 122-123.
Rixdorf: Bergstraße 30-31.
Potsdam: Brandenburgerstraße 54.

1500 Arbeiter und Beamte.

ca. **1000**

Spezialmaschinen neuester Konstruktion.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Stegdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Teppiche mit Jordenfehlern Fabrik niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Teppiche! (Seblerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadesher Markt 4, Bahnhof Börse. 251/19*

Garbinnenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Salfelderstraße 40. 7099*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Androsstraße 38. 7085*

Kostümrocke von 2 Mark, Seidenblusen, Wollblusen, Wollblusen von 1 Mark an, Spezialfabrik Blumenstraße 9. 23/3*

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Maßhaken faulst man an billigen aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister Hülshagen, Rosenhallerstraße 15, III. Reimladen I. 253/12*

Abfängerbrunnen, 8,00 bis 100,00, gebraucht 5,00 an, Gummitische, Meter 0,40, Werkzeuge unkonf. Wolff, Werdstraße 31. 7438*

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für korpolente Figuren. Neue Garderobe zu stamend billigen Preisen, sowie auch Wollblusen verleihe Sacher, Rab, Kulastraße 14. 5755*

Ordnung, großes gebiegenes, bernisiert, verkauft billigt Tismar, Badstraße 42/43. 7225*

Fahrrad - Gelegenheitskäufe, neue und wenig gebrauchte, auch Teilzahlungen, Große Frankfurterstraße 14. +44*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Pfahlen. *

Wäsche und Brinngmaschinen, beste Qualität, billige Preise. Bei Kaufzahlung hilante Bedingungen. E. Dellmann, Goltzowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 6708*

Malzstrahler, blutbildend, für Blutarme, Brustkränke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 exklusive. Nicht Glasanzahl, Qualität entscheidet. Vorier-Kellerei Ringier, Bernauerstraße 119. 7158*

Schleinger, Turmstraße 85, ist der billigste und reellste Lieferant für Herrenanzüge. 7338*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnte, spottbillig. Schneider, Kurfürstentstraße 172. 3998

Bett 17,00, Michel, Dresdenstraße 38. 7065*

Zigarrengeschäft, 16 Jahre bestehend, ist zu verkaufen. Zu erfragen Seinemünderstraße 66, Zigarrengeschäft. 7025*

Reinlein verkauft elegante Salongarnitur 65,00, Bettstellen, Wäsche 45,00, Kleiderkasten, Berlin, Trumeau 45,00, Teppich, Tisch 6,00, Steppdecken 5,00, Stühle 2,00, Bilder 4,00, Köpferstraße 39 a I.

Verleiher, 1,00, Sprechen, Weisen lernend, Dramenstraße 87. 7966*

Wald- und Landparzellen am Bahnhof Friederichsdorf verkauft billigt Hängel, Peterstraße 9. 7965

Restaurations fränkischer Art billig zu verkaufen. Drontheimerstraße 18. 8016*

Restaurations veräußert, Ausstattung: Wilhelm Stolzestraße 41, Lokal. 744*

Restaurations zu verkaufen Grobgärchenstraße 23. 8006

Schankwirtschaft allerwegen veräußert, Dissenbachstraße 59. *

Altes Milchgeschäft veräußert, Quittenstraße 29, Bäder. +99

Bronzegastrolchen! dreifachmig! 6,00! Gadsungampell 9,00! Salongastrolchen! 15,00! Gollfuren 17,1! Schaufensterlicht! spottbillig! Wollauer, Wallnertheaterstraße 32 (Gadscherhaus I) 7488*

Kanarienvogel billig Schloßplatz 2. 25/20*

Schnell, Verfertiger 5,00, geschlossener Trumeau 32,00, elegantes Tischenspaß 44,00, Seidenpaneelsofa 70,00, Pensionat, Landsbergerstraße 42. 8096

Restaurations wegen Krankheit billig veräußert Blumenstraße 47.

Mischelveritto, Kleiderband, zusammen 50,00, Kucheltische 28,00, Spiegelplatte mit Spiegel 38,00, Schlafsofa 27,00, Ganze Wäsche! billig, Weidenweg 4, vorn II. +44

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzählung, Höhe 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 50/50. +89*

Braucute, Wegen Räumung einer großen Wohnung verkauft sämtliche zum Teil neuen Möbel Köpferstraße 126 a I. 8086

Dunkelgrün lamierter Anzug, 130 Daunen, 28, - Moderner Anzug 10, - Daunen 6, - 8,50, Dolan 2,50, 4, - Schreibkellnerstraße 6.

Zigarren- und Lotteriegeschäft billig, Oferten „H. 7“ Postamt 27.

Edelkalkulation, Holzgehend veräußert Demminerstraße 12, Annabenehle. 8166

Verschiedenes.

Pfandleihe, Bringenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 7068*

Wohnung! Sofas 5,00, Matras 4,00, auch anderen Hause. Bachmann, Androsstraße 38. 7079*

Kunstscherei von Frau Kolosky, Charlottenburg, Gorchelstraße 84, I. *

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futter 16,00, Wagner, Schneidermeister, Lichtbergerstraße 9 (Walladenstraße). 25/8*

Häberverleihung, Landens und Dreißiger Große Frankfurterstraße 14.

Königsfächer, Neue Königsfächer, sind die bestes Sonnabends und Sonntags noch verschiedene Tage frei. 23/15

Platinabfälle, alte Goldschmiedewerkzeuge, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rebergold, Standgold, alle Treffer, photographische Rückstände sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle tauf Goldschmelze Drob, Brangelstraße 4, Telefon Amt 4, 6968, Feinste Referenzen. 26/2*

Teilhaber für rentables Engros-geschäft der Lebensmittelbranche, beste Bezugslage, erforderlich 4-600,- Mark, Wochenverdienst sicher 25-30 Mark, Oferten L. 160 Postamt Rixdorf.

Fahrradrepaturen, Zubehörteile sehr billig Große Frankfurterstraße 14. +44*

Bereinszimmer 25, 40, Saal 150 Personen, Pianino, zwei Regalbahnen, dergibt Adewig, Alte Jakobstraße 83. 6568*

Chrenkerklärung, Reine die Verleumdung gegen Paul Heime zurück und erkläre ihn als Ehrenmann. A. Dulle. 8156

Vermietungen.

Zigarrengeschäft verpachtet L. Hauptpostamt. +117*

Wohnungen.

Wermannstraße 62, Rixdorf, zwei Zimmer mit Balkon und Ein-Zimmer-Wohnungen billig im neuen Haus. 7038*

Kleinwohnungen, gesunde, alle-billig, sofort, später, Rixdorf, Kopfstraße 15, Wanglstraße 12 (Wermann-Platz).

Zwei Stuben und Küche zu 33,00 Mark, Goldinerstraße 8 und 10. 1075*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht Frau Jacoby, Kolbergerstraße 26, III. *

Mietsgesuche.

Italiener sucht Zimmer bei deutschem Wenzler. Rube Zimmerstraße, Dortheenstraße. Adressen unter O. 6 an die Expedition des „Vorwärts“. 7986

Möbliertes Zimmer, einfach, einzelnen Herrn, oder Schlafstelle, sofort gesucht. Schöneberg, Expedition „Vorwärts“, Martin Lutherstraße 51. +106

Zuge alleine möblierte Schlafstelle mit Kof. Oferten unter Handwerker 32 Postamt 83. +19

Herr sucht Nähe Andreas-Platz möblierte Schlafstelle allein. Oferten Preis: „Zimmer“, Postamt 26. +19

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Goldhämmerist Gerhards, Brangelstraße 115. +18*

Konfiter, Soubretten, Quackstern, Reich zu haben bei Halm, Brangelstraße 109, 1 Tre dte. +19

Bücher Einstreicher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gähler, Kulastraße 27. 14686

Stellennangebote.

Kunsthilfliche, tüchtige, verlangt Schlofferer Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 7776*

Vader verlangt Weidig, Wilmersdorferstraße 9. 8078

Bauanschläger für sofort oder später verlangt A. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 7626*

Schloffergeilen auf Konstruktion und Gitterbau verlangt A. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97.

Walter und Belegierinnen auf Goldbleiben verlangt Max Leonhard, Schleißerstraße 31. +19

Bier Einseher sucht Scharwies, Bergmannstraße 68. 8116

Bürstenmacher, Holzwerker, verlangt Bieltens, Aderstraße 133. 7926

Tüchtigen Leistenbeleger und Kupfesser verlangt Rosenow u. Co., Schmidtstraße 6. 7478*

Arbeiter verlangt A. Drudenmüller, Schöneberg, Tempelhofer Weg 46/47, Berlin, Hallesches Ufer 35.

Goldbleiben, tüchtiger Farbigemacher, welcher auf bessere farbige Leisten sowie auch in der Holzleistenfabrikation gut bewandert ist, erbittet dauernde Stellung. Anfangsgehalt 33 Mark, welches bei zufriedener Leistung schnell steigt. Adressen unter P. 6 „Vorwärts“-Expedition. 7958

Radmentischer mit eigener Werkstatt, welcher auf bessere Gemme, Sabinell- und Bistramen eingearbeitet ist, für dauernde, lohnende Arbeit gesucht. Oferten unter E. W. 242* an Rudolf Wolff, Weinstraße 41. 25/15

Einen Verlißer verlangt Klins, Köpferstraße 21. +19

Wollhämmerinnen verlangt Jober, Weidenstraße 9, Hof II. 487

Kartonarbeiterinnen, im und außer dem Hause, verlangt Wille Falobstraße 68. 8046*

Verdienen, achtjährige Lehrzeit, nachher Weiterarbeit, Kostümrocke, Blusen, Blumenstraße 9. 23/4*

Achtung, Kürschner!

Wir geben gegenwärtig nur diejenigen gebildeten Firmen Besamml, die Werkstätten im Hause haben. Damit sind gleichzeitig sämtliche Werkstätten derjenigen Hausindustriellen gesperrt, die für diese Fabrikanten arbeiten.

Gebt: Breslauer, Niederwallstr. 21.
H. Engel u. Co., Spittelmarkt 6/10.
Oskar Kommandantenstr. 58.
H. Wolf, Poststr. 7.
O. Wolf, Burgstr. 29.
Jacob u. Bräutigam, Markgrafstr. 58.
H. Wandheimer, Oberwallstraße 7.
H. u. Salomon, Hausvogtelplatz 12.
D. Lemm, Hausvogtelplatz 13. Werkstat: Niederwallstr. 15.
Ehner u. Reiss, Kurstr. 15.
Kola u. Co., Kurstr. 32.
R. Raaben, Gde Draniensplatz.
Wagner u. Co., Kommandantenstraße Nr. 76/78.
Hermann Engel, Landsbergerstr. 87.
Geister u. Cramer, Grünstr. 16.
Willy Reindle, Neue Friedrichstr. 9/10.
Friedrich u. Co., Draniensburgerstr. 2.
Goldstein u. Sohn, Alexanderstr. 22.
Wagner u. Co., Inlestr. 11.
A. Landsberger, Niederwallstr. 10.
Salbach, Unter den Linden 67.
Stiller, Kronenstr. 58.
Geruch, Radsig, Raumann, Berufs-lernstraße 28.
Kosenthal u. Jacobsohn, Taubenstr. 23.
Leonhardt, Pappel-Allee 3/4.

Alle Anfragen betrefe des Streiks sind an unser gemeinsames Streikbureau, Mendelssohnstraße 9, zu richten. 102/17*

Der Vorstand des Deutschen Kürschner-Vereins (Zahlstelle Berlin).

Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend.

Achtung! Achtung!

Ueber den Betrieb des Konsum-Vereins Siemens u. Schudert, Charlottenburg, haben die unterzeichneten Organisationen die Sperrverhängt. Sie richten die Bitte an alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, diese zu beachten und jeglichen Zugang fernzuhalten. 71/3

Zentralvorband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarb. Deutschl. Zentralverband der Fleischer Deutschlands.

Mützenbranche!

Näherrinnen für Hand u. Maschine, auch zum lernen, verlangt 263/11*

Verband der Kürschner.
Mendelssohnstr. 9.
Geöffnet von 9-1 und 3-7 Uhr.

Jüngerer Uniformschneider,
welcher sich als Zuschneider und Verkäufer ausbilden will, findet sofort Stellung. Off. u. S. 6 an die Exp. d. W.

Vierte elsass-lothringische Gewerkschaftskonferenz.

Mülhausen.

Am Montag wird die Debatte über das neue Vereins- und Versammlungsgesetz fortgesetzt.

Schulenburg-Strasbourg betont, daß die einzelnen Zahlstellen nicht als selbständige Vereine angesehen werden können und folglich nicht unter das elsass-lothringische Vereinsgesetz fallen.

Wich-Mülhausen ist der Ansicht, daß die Statuten dahingehend geändert werden müssen, daß der Zentralvorstand die Vorstände der einzelnen Zahlstellen bestätigt.

Reich-Strasbourg: Durch eine Resolution müssen wir den Gewerkschaften eine bestimmte Direktive geben. Dieselben werden auf die heutigen Verhandlungen verwiesen, und jedenfalls muß verhindert werden, daß die Zentralverbände vorläufige Schritte unternehmen und durch etwaige Auflösung der Zahlstellen ein einheitliches Vorgehen bereiten.

Kube-Berlin: Es erübrigt sich wohl, einen definitiven Beschluß zu fassen, jedenfalls können wir es bei der heutigen Aussprache lassen. Die Leiter der reichsständischen Gewerkschaftsbewegung sind ja zugegen und werden ihre Maßnahmen in diesem Sinne treffen können. Warten wir ruhig ab, ob und wie die Behörden an uns herantreten.

Es sprechen noch verschiedene Redner, worauf folgende Resolution zur Annahme gelangt:

Die Gewerkschaftskonferenz ist der Ansicht, daß die Zahlstellen der in Altkontrollen zentralisierten Gewerkschaften nicht unter das elsass-lothringische Vereinsgesetz fallen, da dieselben keine selbständigen Vereine sind.

Das Gewerkschaftsstatut Mülhausen wünscht, daß für Mülhausen und Umgegend ein Arbeitersekretariat errichtet wird. — Nach kurzer Begründung durch Wich schließt sich die Konferenz diesem Wunsche an, dem auch der Vertreter der Generalkommission zustimmt.

Ein Antrag der Handlungsgehilfen Straßburgs erucht, in Zukunft bei allen Lohnforderungen die Forderung der Lohnauszahlung auf Donnerstag oder Freitag mit aufzunehmen. Die Konferenz erklärt sich in dieser Angelegenheit als nicht kompetent und stellt die Berücksichtigung dieser Forderung den einzelnen Gewerkschaften anheim.

Berliner Nachrichten.

Johann Pfarr.

Ueber das furchtbare Geschick, das unseren alten Parteigenossen Johann Pfarr betroffen hat, ist ein Teil unserer Leser gestern bereits kurz unterrichtet worden. Donnerstag abend stürzte Pfarr sich in geistiger Ummachtung aus dem obersten Treppensfenster seiner im Hause Uynarstr. 15 belegenen Wohnung. Hier betrieb er, nachdem er voriges Jahr sein altes Lokal in der Buttlischtrasse verkauft hatte, wiederum eine Gastwirtschaft. Schon vor Monaten traten die Spuren des Gehirnleidens hervor, das unseren Parteigenossen nimmer zum gewaltsamen Abschluß seines Lebens getrieben hat; auffällige Verwirrtheit und tiefe Melancholie waren die Kennzeichen, die im Umgang mit ihm sich der Beobachtung seiner zahlreichen Freunde ausdrängten. Vor einigen Wochen trat die Krankheit so besorgniserregend zutage, daß seine Angehörigen ihn in eine Heilanstalt schaffen mußten; er ging am 11. August nach Eberswalde in ein Sanatorium, kehrte aber von dort bereits nach zwei Tagen in seine Wohnung zurück. Die Krankheit verschlimmerte sich inzwischen und trat am Donnerstag so explosiv hervor, daß für seine Unterbringung in ein Krankenhaus von neuem Sorge getroffen werden mußte. Am nächsten Tage sollte das Erforderliche geschehen. Pfarr hielt sich am Abend in seiner Wohnung und seinem Lokale auf; ungelesen entfernte er sich in der zwölften Stunde, schritt die Treppen hinauf und stürzte sich von der vierten Etage aus dem Fenster auf den Hof hinab. Er war sofort tot.

Unser Genosse ist am 20. Mai 1849 im Posenischen geboren. Er lernte das Maurerhandwerk, kam zu Beginn der siebziger Jahre nach Berlin und trat hier 1874 in die Partei sowie in die Gewerkschaftsbewegung ein. Mit Eifer nahm der stille, als Redner nur selten hervortretende Genosse an den Arbeiten der Partei Anteil; und als die zwölf Jahre des Reichstags-Wahlkreise zu denen, die ohne Furcht, mit sinniger Ueberlegung sich den schwierigen Aufgaben der Organisation und der Schriftenverbreitung widmeten. Nach dem endlichen Fall des Gesetzes, als die Partei sich eine neue Organisation gab, wurde Pfarr 1891 zum Vertrauensmann gewählt; dies Amt bekleidete er bis 1897 und daraufhin von 1898 ab noch fernere zwei Jahre. Der Parteitag in Mainz betraute Pfarr mit dem Ehrenamt eines Kontrolleurs, welches er mehrere Jahre hindurch bis zu seinem Tode versah.

Wer den tüchtigen, besonnenen Mann gekannt hat, wird ihn liebgewonnen haben, und mit uns wird die Partei weit über Berlin hinaus es beklagen, daß ein tragisches Geschick den tapferen Kämpfer der Partei und seiner Familie jählings entriß hat.

Unser Pfarr hinterläßt eine Witwe, die an seiner Seite selber der Partei manchen vortrefflichen Dienst geleistet hat, sowie einen Sohn und zwei Töchter, die sämtlich erwachsen sind. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt.

„Fortritte“ im Berliner Gemeindefschulwesen

sind nicht immer Fortschritte zum Besseren, sondern leider manchmal eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Eine Verschlechterung, die ernsteste Beachtung verdient und auf die wir hiermit die Aufmerksamkeit unserer Leser lenken müssen, ist die in diesem Sommer eingetretene Verminderung der ersten Klassen.

Als im Jahre 1902 das Schlußsystem endlich eingeführt wurde, blieb die Zahl der ersten Klassen, die nun den achten Jahreskursus darstellten, zunächst noch recht weit hinter dem Bedürfnis zurück. Giergegen ließ sich einwenden nicht viel sagen, man befand sich eben damals noch im Uebergangsstadium. Allmählich nahm aber die Zahl dieser Klassen zu, und im Winter 1904/05 waren nun glücklicherweise weit gekommen, daß nur noch wenig Schulen ohne erste Klasse waren. Im Winter 1902/03 gab es erst 259 erste Klassen, im Winter 1903/04 waren 270 vorhanden und im Winter 1904/05 wurden bereits 287 gezählt. Angesichts dieser Zahlen konnte man sich wohl über die äußere Durchführung des Schlußsystems unvorsichtig rufen, daß sie gegangen war, viel rascher, als mancher es zu hoffen gewagt hatte.

Selbstverständlich hatten nicht alle ersten Klassen nun gleich starke Besetzung. In manchen war die Besetzung sogar auffallend gering — geringer jedenfalls, als es an Berliner Gemeindefschulen bisher für zulässig gehalten wurde. Die betreffenden Direktoren hatten trotzdem darauf hingewirkt, daß ihre Schulen eine erste Klasse bekämen, und das war recht. Ist doch auch bei den Vorschulen der höheren Lehranstalten noch ein Mensch auf die Idee verfallen, eine erste Klasse deshalb eingehen zu lassen, weil ihre Schülerzahl

unter 30, 25 oder 20 blieb. Im allgemeinen ist in den Vorschulen die Frequenz viel höher als 30, manchmal bis doppelt so hoch. Aber es ist auch schon vorgekommen, daß gelegentlich nicht mal das Duzend voll wurde und trotzdem die Klasse nicht aufgelöst wurde. Wir möchten auch das Geschrei nicht hören, das sich in den Kreisen der Bemittelten erhebe, wenn sie plötzlich gezwungen werden sollten, ihre Kinder einer anderen Vorschule zuzuführen, weil Magistrats sparen will. Das Geschrei wäre berechtigt (sofern man Vorschulen überhaupt dulden will), aber ebenso berechtigt ist der Wunsch unbemittelter Eltern, daß auf den Gemeindefschulen die Kinder, die für die erste Klasse reif werden, nicht mit der zweiten Klasse zusammen weiter unterrichtet oder nach einer fremden Schule mit erster Klasse umgeschult werden, weil ihre Schule keine eigene erste Klasse hat.

Man weiß, daß der im Rathaus waltende Freisinn im Prinzip nicht für solche Gleichheit von Gemeindefschulen und höherer Lehranstalt schwärmt. Es war daher kein Wunder, daß in der Stadterordneten-Versammlung sich baldigt eine Stimme erhob, die gegen die hier begangene Verletzung des bisher hochgehaltenen Ungleichheitsprinzips protestierte und für die Gemeindefschule eine Um- und Rückkehr zu dem früheren Zustand forderte. Wer konnte das sonst sein als Herr Wallach? Wenn der Freisinn ganz besonders krämerhaft sein will, dann wird immer dieser Tapsere vorgeführt, der den Mut hat, sich bloßzustellen. Im letzten Winter, im Februar, brachte der Freisinn in der Stadterordneten-Versammlung seine Beschlüsse über die geringe Frequenz erster Klassen zu Schörs. Herr Caspel hielt sich schamhaft mehr im Hintergrunde und bemäntelte seinen Verdruß durch eine Klage über die angebliche Unhaltbarkeit des Schlußsystems, die durch diese geringen Frequenzen dargetan werde. Herr Wallach aber nahm kein Blatt vor den Mund, sondern schimpfte kräftig über den Luxus, der mit der Einrichtung erster Klassen getrieben werde, obwohl sie lange nicht voll würden.

Der Magistrat hat rasch Order pariert. Stadtschulrat Gerstenberg, der „Chef“ unseres Gemeindefschulwesens, ist Erzieher und Beauftragter der Caspel, Wallach und Konfosten. Er wagte damals ein paar Einwendungen, aber hinunter hat er begriffen, was er zu tun hatte. Was er getan hat, ist bereits in diesem Sommer zu sehen. Im Winter gab es an 273 Schulen 287 erste Klassen, jetzt finden wir an 277 Schulen nur noch 272 erste Klassen. Dabei sind noch viele Schulen Knaben- und Mädchenschule zusammen, d. h. sie haben ja eine voll ausgebaute Knaben- und Mädchenabteilung oder vielmehr sie sollten sie haben, denn mitunter fehlt eben noch die zum vollen Ausbau erforderliche erste Klasse. Sämtliche Schulen bezw. Abteilungen ihrer ersten Klasse, so mühte die Gesamtschule der ersten Klassen weit über die Gesamtschule der Schulen hinausgehen. Im Winter ging sie bereits ein wenig darüber hinaus, in diesem Sommer ist sie wieder zurückgefallen. Dafür findet man aber jetzt auch nicht mehr so oft wie früher jene skandalös niedrigen Frequenzen. Der Frevel, daß man bis 20 hinabging, ist nicht wieder begangen worden. Aber auch Frequenzen unter 30 sind jetzt seltener geworden. Mehrfach haben Schulen ihre ersten Klassen wieder einzziehen müssen. Die Kinder, die für die erste Klasse reif wurden, sind teils umgeschult, teils in der vereinigten „Klasse I und II“ belassen worden.

So sehen die „Fortritte“ aus, die der Berliner Rathausfreisinn unseren Gemeindefschulen beschert, wenn er sparen will. Die Bevölkerungskreise, die für ihre Kinder auf die Gemeindefschule angewiesen sind, werden zu daran tun, im Herbst bei den Stadterordneten-Wahlen an ihrem Tische zu einer weiteren Schwächung des Freisinns beizutragen, damit im Rathaus seinem gemeinschaftlichen Zweiben noch wirksamer als bisher begegnet werden kann.

Kann ein Ausländer gezwungen werden, gegen seinen Willen in Deutschland zu bleiben? Diese Blätter melden: Der Marokkaner, der auf besonderen Wunsch des Kaisers nach Potsdam gekommen ist, um dort zum Schellenbaumträger für das erste Garde-Regiment zu Fuß ausgebildet zu werden, kann sich, wie der „Konf.“ erfährt, nur schwer in die dortigen Verhältnisse einleben. Er gehört einer altangesehnen Familie des Landes an und nur aus diesem Grunde wurde er auch dazu ausersehen, neben dem Kaiser einherzugehen, als dieser in Tanger eintritt. Er war gewohnt, nur in seidenen Gewändern zu gehen, die er auch nach Potsdam mitgebracht hat und dort noch trägt. Die Uniform will er so, wie sie ist, nicht anziehen, sie soll mit Seide gefüttert werden. Er ist gewohnt, täglich 24—30 Zigaretten zu rauchen, wozu eine tägliche Lösung von 25 Pf. allerdings nicht gut ausreicht. Am allerwenigsten sagt ihm aber das Essen zu. In seinem Lande nährt er sich von Geflügel und Reis, dessen Schöpfung er nach dortigem Ritus selbst überwacht. Die deutsche Sprache lernt er nur sehr schwer; er versteht bis jetzt nur einige Worte — gerade die Kommandowörter hat er noch nicht gelernt. Er schien geglaubt zu haben, daß ein Schellenbaumträger eine ganz besonders bevorzugte Stellung bei den preußischen Soldaten einnimmt. Sein zweites Wort ist: „Ich will Kaiser sprechen“. Diesen Wunsch kann man ihm schon aus dem Grunde nicht erfüllen, weil der Kaiser ja nicht immer in Potsdam ist.

Wir können und liebhaft vorstellen, daß es dem Marokkaner beim deutschen Militär nicht behagt, und wenn Deutschland Anspruch darauf macht, ein Kulturstaat zu sein, so sollte die Militärbehörde dem Unzufriedenen bedenken, daß für ihn gefehlich nichts im Wege steht, wieder in seine Heimat zurückzukehren. Sklaverei und Leibeigenschaft sind ja wohl in Deutschland aufgehoben, und davon, daß Fürsten sich gegenseitig Soldaten zum Geschenk machen, hat man seit den Zeiten Friedrichs Wilhelms I. unseres Wissens auch nichts mehr vernommen. Wo ferner in Betracht kommt, daß die deutsche Polizei so viele Ausländer gegen ihren Willen aus dem Reich der deutschen Grenzsphäre verjagt, sollte es ja wohl möglich sein, einem Mann, der, sei es durch welche Umstände immer, von einem mit Unwillen getragenen Geschick betroffen worden ist, den Weg in die Heimat freizumachen.

Uns wundert sehr, daß die liberalen Blätter, die im scharfsten Tone diese Angelegenheit behandeln, sich nicht den Ernst der Angelegenheit vor Augen geföhrt haben.

Im Wintersfahrplan des Vorortverkehrs sind folgende Änderungen vorgesehen: Spandau-Charlottenburg-Schlesischer Bahnhof werden zwei neue Züge eingesetzt werden, um die bisherige, größere Zuggapen im Interesse des Berlin-Spandauer Verkehrs zu teilen; sie werden von Spandau um 3¹⁵ und 3³⁰ nachmittags abgehen. Auf der Bernauer Auen-Strasse soll ein neuer Schülerzug eingerichtet werden, der um 7⁰⁰ vormittags in Berlin eintrifft; nachmittags konnten die Schüler zur Mitternacht den von Berlin 3²⁰ nachmittags abgehenden Zug benutzen, mußten also fast zwei Stunden warten, dieser Zug wird daher um 53 Minuten früher gelegt werden. Der „Theaterzug“ Berlin-Bernewerden (Nr. 609) wird von hier 10 Minuten später abfahren und trotzdem wie bisher in Bernwarden und Wriezen eintreffen. Zwei neue Arbeiterzüge werden auf der Strecke Berlin-Welten eingesetzt werden: ab Berlin 5²⁰ früh, ab Welten 7⁰⁰ abends. Auch auf der Nauener Vorortstrecke soll für die Einlegung eines Abendzuges gefordert werden, der die Bewohner rechtzeitig zu den in Berlin abends 7¹⁵ Uhr beginnenden Theatern, Konzerten, Vorträgen etc. befördert, derselbe wird um 6.45 von Spandau abfahren und um 7.05 abends auf dem hiesigen Uebster Bahnhof eintreffen. Nach Wannsee wird in den Wintermonaten (1. Dezember bis Ende April l. J.) wiederum ein Nachtzug zur Beförderung gelangen, der 1.45 von Berlin abgeht und 2.21 nachts in Wannsee eintrifft. Bis 11 Uhr abends wird auf der Wannseebahn der 20-Minuten-Verkehr durchgeführt werden, es sind daher die Züge 8.10 und 8.17 bis Wannsee ausgedehnt worden. Auf der Hossener Vorortstrecke hat der Verkehr so zugenommen, daß die Diktation sich entschlossen hat, vier neue Züge einzulegen.

„Fortsetzung folgt.“ „Polizeiliche Bekanntmachungen, in Fortsetzungen veröffentlicht, sind rechtsgültig“ hat dieser Tage das Kammergericht entschieden. In dem zwischen Bernau und Eberswalde belegenen Städtchen Wiesenthal haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Berliner niedergelassen. Der Magistrat hat diesen Ansiedlern zuliebe die vom Bahnhof in die Stadt führende Chaussee in eine nach Berliner Muster mit Mittelpromenade und Rasenstreifen ausgestattete Bahnhofstraße umgewandelt. Ueber die Reinigung dieser Straße mit ihren Anlagen entspann sich bald ein Streit zwischen der Wiesenthaler Stadtverwaltung und den anliegenden, meist aus Berlin zugezogenen Villenbesitzern, von denen die städtische Behörde die Kosten der Straßenreinigung mit der Begründung verlangte, daß die Unterhaltungs- und Reinigungspflicht der Straßen auch diese Verpflichtung in sich schließe. Ein in Berlin ansässiger Villenbesitzer ließ sich abhichtlich in Strafe nehmen. In den unteren Instanzen verurteilt, wendete er sich an das Kammergericht, das den Prozeß in die Vorinstanz zurückverwies, worauf nach umfangreicher Beweisaufnahme eine erneute Verurteilung des hartnäckigen Berliners erfolgte. Die zum zweiten Male eingelegte Revision hatte vor dem Kammergericht den Erfolg, daß dieses jetzt als fünfte Instanz auf Freisprechung erkannte und die Kosten der Streifenstraße auferlegte. Rechtsanwalt Dr. Platau, als Anwalt des betreffenden Villenbesitzers, hatte das Rechtsmittel auf den seltsamen Revisionsgrund gestützt, daß die Wiesenthaler Polizeiverordnung nacheinander in vier Nummern der amtlichen Wiesenthaler Zeitung, also in Fortsetzungen, publiziert worden war, so daß die ersten Abdrucke der Polizeiverordnung der vom Gesetz vorgeschriebenen Unterschrift der Behörde, welche die Verordnung erlassen hatte, entbehrten. In der Tat hat das Kammergericht diese, in kleineren Orten übrigens nicht seltene Art der Veröffentlichung als nicht dem Gesetz entsprechend erachtet und die Verordnung für ungültig erklärt. Die Wiesenthaler Stadtverwaltung hat jetzt die betreffende Verordnung noch einmal im Zusammenhang abgedruckt. Es erscheint jedoch fraglich, ob der Magistrat in Wiesenthal damit sein Ziel gegenüber den Villenbesitzern erreichen wird, da die erste Verordnung mangels ordnungsmäßiger Veröffentlichung als gar nicht existierend anzusehen ist, so daß es einer nochmaligen Beschlußfassung durch den inzwischen anders zusammengesetzten Magistrat bedürft hätte.

Umgestaltung des Berliner Fernsprechnetzes. Das Berliner Fernsprechnetz geht einer vollständigen Umgestaltung entgegen. Die Vermittlungsanstalten wurden bisher von Fall zu Fall umgebaut und dabei wurde das neueste System angewandt. Bei den nächsten Fortschritten der Technik konnte es nicht ausbleiben, daß die Stadtfernsprechämter nach den verschiedensten Systemen eingerichtet sind. Eine vollständig einheitliche Betriebsweise ist so nicht möglich. Das Reichspostamt hat jetzt angeordnet, daß sämtliche Ämter nach ein und demselben System umgebaut werden. Die Ämter 6 und 7 sind bereits in der Ausführung und sollen im Frühjahr dem Betriebe übergeben werden. Nach demselben System wird dann auch das Amt Berlin-Charlottenburg umgebaut, obgleich dieses erst vor zwei Jahren neu eingerichtet worden ist. Sämtliche Ämter werden auf ein Fassungsvermögen von 20 000 Teilnehmern berechnet. Es ist anzunehmen, daß Berlin bei der Vollendung des Umbaus 90 000 Sprechstellen haben wird. Für den ferneren Zuwachs bleibt dann noch Raum für 30 000 bis 50 000 Teilnehmer. Wenn der Umbau durchgeführt sein wird, kann eine einheitliche Betriebsweise im gesamten Berliner Fernsprechnetz eingeführt werden. Der Ruf des Amtes erfolgt dann allgemein nur noch durch Abnehmen des Fernhörers, während die Teilnehmer durch das Amt gerufen werden.

Kein Überleitung am Brandenburger Tor und dem Königsplatz. Vor längerer Zeit hatte die „Große Berliner“ an die Krone den Antrag gestellt, für die Königgräberstraße von der Bohlstraße bis Brandenburger Tor, die Sommerstraße, Königsplatz, Bismarckstraße statt des Unterleitungsbetriebes Überleitung einführen zu dürfen. Wie das „Berl. Tgl.“ hört, ist dieser Antrag abgelehnt worden. Die Einführung der Überleitung an dieser Stelle ist daher für die nächste Zeit nicht zu erwarten.

Für Droschkenfischer. Der Polizeipräsident macht bekannt: Unter Bezugnahme auf den § 54 der Polizeiverordnung vom 16. Februar 1905 wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Droschkenfischer vom 1. September d. J. ab mit der neuesten in August dieses Jahres veranlaßten Ausgabe des amtlichen Droschkenwegemeßes versehen sein müssen. Dieser ist vom 18. August d. J. ab in der Verlagsbuchhandlung von J. Straube, Neuenburgerstr. 15, sowie im Buchhandel zu beziehen.

Der Name der Kirche. Der Magistrats-Berichterstatter schreibt: „Gulth Adolf-Gedächtnis-Kirche“ soll nach einem Beschluß des Gemeinde-Kirchenrats von Heilig Kreuz die neue Kirche der Lohrer-Gemeinde am Urban nimmer heißen. Diese Kirche sollte anfänglich den Namen „Schleiermacher-Kirche“ erhalten. Der Name wurde aber vom Oberkirchenrat beanstandet, weil Schleiermacher der nachreformatorischen Zeit angehört und Kirchen nur nach Männern der reformatorischen oder aus der vorreformatorischen Zeit benannt werden sollen. — Das stimmt wohl nicht. Wie könnten wir sonst eine Kaiser-Wilhelms-Gedächtniskirche und ähnliche Institute mit langem Namen haben?

Zur Ueberfüllung der Krankenhäuser. Eine Frau Schilling aus der Eißachstraße 13 zu Weihenau hatte ein 1/2 Jahre altes Mädchen Marta Sch. in Pflege. Das Kind erkrankte an Krämpfen und Brechdurchfall. Heute morgen wollte es die Pflegemutter, die von einer anderen Frau begleitet wurde, nach der Charité bringen, was sie schon früher hätte tun sollen. Als sie gegen 7 Uhr dort ankam, fand sie keinen Platz frei. Die Station ist so dicht belegt, daß es auch nicht möglich war, durch Einschlebung eines Bettes an irgend einer Stelle ausnahmweise Platz zu schaffen. Weil der Zustand des Kindes äußerst bedenklich war, erkundigte sich der diensttunende Arzt sofort durch den Fernsprecher nach einem Platz in einer anderen Anstalt und erfuhr, daß im Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus in der Meindorferstraße die Aufnahme erfolgen könne. Er empfahl den beiden Frauen, mit der Kleinen sogleich dorthin zu fahren. Die Frauen machten sich auf den Weg, aber schon in der Markstraße stand das Kind auf ihren Armen.

Zu der Untersuchung wegen des Nordauschlages auf die Pfandleihen Witwe Krause aus der Wilhelmstraße wird mitgeteilt, daß der verhaftete deutsche Gustav Sellmund auch jetzt noch leugnet, bei der Tat irgendwie beteiligt zu sein. Er verweigert das schwere Belastungsmaterial, das die Ermittlungen bereits zutage gefördert haben, so wenig zu entkräften, daß er ohne Zweifel in Untersuchungshaft genommen werden wird.

Ein schwerer Straßenunfall, bei welchem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich Donnerstag mittag vor dem Hause Große Frankfurterstraße 80. Der Grüner Weg 119 wohnende 68 jährige Arbeiter Wilhelm Eiting überschritt an der Ecke der Frankfurterstraße den Bahnübergang und wurde von dem Dreiradsfahrer Ludwig Knobelsdorf, Dragonerstraße 43 wohnhaft, angerannt. Der Arbeiter stürzte zu Boden und über ihn hinweg fiel Knobelsdorf. In demselben Augenblick passierte der Straßenbahnwagen 1027 der Linie 22 (Richtung Bisdorf) die Unfallstelle. Der Motorführer hatte natürlich den Unfall nicht bemerken können, da sich dieser noch in der Frankfurterstraße abspielte und beide Personen bei dem Zusammenstoß auf das Gleis in der Großen Frankfurterstraße hinübergeschleudert waren. Der Fahrer gab sofort Gegenstrom und es gelang ihm, wenigstens zu vermeiden, daß die beiden Leute nicht unter die Räder des Wagens gerieten. Sie wurden aber von dem Schutzhelfer zur Seite geschleudert und hierbei erlitt Eiting schwere innere Verletzungen, Knobelsdorf eine klaffende Wunde über dem rechten Auge. Der Arbeiter wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht, während der Radler die erste Hilfe auf der Unfallstation erhielt.

